

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kimmelt“, „Frankenländer“, „Der Rinderbrand“, „Ingrub-Baumzucht“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 14. Juli 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierzeit 20 Pfennig, Reklamzeit 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 25 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Das Reichsschulgesetz fertiggestellt.

Der Entwurf ist da - aber auch der Krach.

Amlich wird gemeldet:

Die mehrstägigen Beratungen des Reichskabinetts über den Entwurf des Reichsschulgesetzes sind heute zum Abschluss gelangt.

Das Reichsschulgesetz des Bürgerblatts ist also da, zu gleicher Zeit aber auch der Krach.

Was nun? Wird die Oppositionshaltung der Curtius und Stresemann von Dauer sein?

„Bis zum Erlass des im Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes (Reichsschulgesetz) bleibt es bei der bestehenden Rechtslage.“

Hat die amtliche Notiz einen Sinn, so beabsichtigen die Bürgerblatfreunde der Volkspartei nicht mehr und nicht minder, als die Verfassung von Weimar zu Gunsten des kirchlichen Bekenntnisses umzukrempeln.

Kosten der volksparteilichen, Kosten der „liberalen“ Weltanschauung. Man darf neugierig sein, ob die Volkspartei den von Stresemann und Curtius vertretenen Standpunkt bis zur letzten Konsequenz aufrechterhalten wird.

Beim Reichsschulgesetzentwurf Nr. 1 der Aera Schiele genigte der deutschnational-volksparteiliche Protest, um den Regierungsentwurf in einen belanglosen Referentenentwurf zu verzaubern.

Wie sie es meinen.

In der nationalsozialistischen „Politischen Wochenschrift“ versucht der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Ellenbeck den deutschnationalen Wählern das beabsichtigte Reichsschulgesetz mundgerecht zu machen.

„Minister v. Reubell führt heute die kulturpolitische Gegenrevolution auf der letzten Bestrebung zum Ziel.“

Das klingt sehr gefährlich, ist aber nur eine leere Phrasen. Das einzige, was sich dank der deutschnationalen Hilfsleistung ändert, ist die Stellung der katholischen Schule.

Neuer Staatsstreich Pilsudskis.

Senat und Sejm davongejagt.

Warschau, 13. Juli, 12 1/2 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Sitzung des Senats, der den Antrag beilegt, das Selbstauflösungsrecht des Sejms wiederherzustellen.

Er verlas ein in auferordentlich scharfem Tone gehaltenes Dekret des Staatspräsidenten, wonach die gegenwärtige Senatssession sofort geschlossen wird.

Pilsudski ließ auch dem Sejmarschall ein Dekret des Staatspräsidenten zustellen, worin die Schließung der Sejm-Session angeordnet wird.

Diese Regierungsmassnahme Pilsudskis richtet sich gegen die parlamentarischen Beratungen, die in letzter Zeit gegen den Willen Pilsudskis gepflogen wurden.

Die neueste Tat Pilsudskis rief in Warschau ungeheure Erregung hervor. Sie zeigte deutlich, daß Pilsudski das Parlament nur solange arbeiten lassen will, als es seinen Willen tut.

Die Rechte geht mit Poincaré.

Große Mehrheit für seine Besoldungsreform.

Paris, 13. Juli. (WIB.) Die Kammer hat heute abend unter Ablehnung verschiedener Gegenanträge den Artikel 1 des Gesetzesentwurfes über die Besoldungsreform in der von der Regierung gewünschten Fassung mit 347 gegen 200 Stimmen an-

genommen. Ebenso Artikel 2 mit 325 gegen 198 Stimmen. Mit entsprechenden Mehrheiten erfolgte auch die Abstimmung über die beiden letzten Artikel und den gesamten Gesetzesentwurf.

Senatsmehrheit für die Wahlreform.

Paris, 13. Juli. (WIB.) Der Senat hat in der öffentlichen Schlussabstimmung das Gesetz über die Wiedereinführung der Kreiswahl mit 213 gegen 67 Stimmen bei keiner Stimmenthaltung angenommen.

„Stützen Sie mich sofort!“

Paris, 13. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Beratung der Nachtragskredite zur Erhöhung der Beamtengehälter und Militär- und Zivilpensionen wurde am Mittwoch vormittag begonnen und in der Nachmittags-sitzung fortgesetzt.

Poincaré antwortete in einer mehrstündigen Rede, in der er bedauerte, den Wünschen des sozialistischen Redners nicht entgegenkommen zu können.

„Stützen Sie mich sofort!“ rief Poincaré nach rechts gewendet, „dann tun Sie es sofort.“

An Amerika!

Mut zur Gerechtigkeit für Sacco und Banzetti.

Die tühnen Flüge der Lindbergh, Chamberlin, Bard haben zweifellos eine große Welle des Enthusiasmus für Amerika in den europäischen Staaten ausgelöst.

Wir können uns nicht denken, daß es in Amerika anders sein sollte. Ein Volk, das wir wegen seiner vielerlei Leistungen auf kulturellem und technischem Gebiet lieben und schätzen, kann — dessen sind wir gewiß — in der Frage des Gerechtigkeitssinnes nicht anders organisiert sein als die europäischen Nationen.

Nichts liegt uns ferner, als uns pharisäerhaft in die Brust zu werfen und das gewaltige Unrecht ableugnen zu wollen, das vor und nach dem Kriege die europäische, speziell die deutsche Justiz in Parteilichkeit und Parteiüberblendung begangen hat.

Das Bewußtsein, in zahlreichen Fällen die Sache der zu Unrecht verurteilten Unschuld vertreten zu haben, gibt uns den Mut, in Sachen Sacco und Banzetti an das öffentliche Gewissen Amerikas zu appellieren.

Wir kennen nun aber die Gefahr, auf die ein solcher Appell stößt: die Diskussion über die Unschuld der Verurteilten verliert sich gar zu leicht in kleinlichen Jänkereien über den Wert einzelner Indizien, bestimmter Folgerungen des Urteils usw.

Wir können nun aber die Gefahr, auf die ein solcher Appell stößt: die Diskussion über die Unschuld der Verurteilten verliert sich gar zu leicht in kleinlichen Jänkereien über den Wert einzelner Indizien, bestimmter Folgerungen des Urteils usw.

schon wegen des zweifelhaften Schuldbeweises nicht vollstreckt werden.

Aber unser Appell geht in der Hauptsache nach einer anderen Richtung: Das Urteil gegen Sacco und Banzetti ist vor nunmehr sieben Jahren gefällt worden. Seit sieben Jahren schwebt über den Verurteilten die Ungewissheit der entscheidlichen Frage: „Werde ich morgen hingerichtet oder nicht?“ Das ist mehr als Todesstrafe, das ist Folter einer so entsetzlichen Art, wie sie selbst das Mittelalter nicht gekannt hat. Schätzungsweise zweitausend und fünfhundert Tage sind seit der Verurteilung Saccos und Banzettis vergangen. An zweitausendfünfhundert Morgen sind die Verurteilten von ihrem Lager aufgestanden, an zweitausendfünfhundert Abenden haben sie sich niedergelegt mit dem Gefühl: über ein kleines werde ich vielleicht zur Hinrichtung abgeholt. Wir grundsätzlichen Gegner der Todesstrafe erklären schon die kurze Zeit, die normalerweise zwischen Richterspruch und Vollstreckung vergeht, für eine so entsetzliche Folter, daß wir allein aus diesem Grunde diese Straftat beseitigt sehen möchten. Aber nun sehen wir im Falle Sacco und Banzetti diese Folter ver Hundertfach, vertausendfach, und fragen uns schauernd: ist dies in einer Kulturrevolution überhaupt möglich?

Es handelt sich gar nicht mehr um die Frage, ob Sacco und Banzetti schuldig oder unschuldig sind. Es handelt sich darum, ob irgendein Staat, ob irgendeine Gesellschaft das Recht hat, nach sieben Jahren das über den Hauptern der Verurteilten aufgehängte Damoklesschwert der Hinrichtung noch niederzulassen zu lassen.

Das verneinen wir und wissen uns darin sogar einig mit den europäischen Anhängern der Todesstrafe. Wir erklären aus bester Kenntnis der Dinge für unmöglich, daß in Deutschland ein überzeugter Anhänger der Todesstrafe, der zugleich von der Schuld der Verurteilten überzeugt ist, noch für den Vollzug der Todesstrafe nach siebenjährigem Hinzögern eintreten würde.

Und hier ist das Rätsel, vor dem wir stehen. Wir verstehen es, wenn aus Volkswissenangst und Parteivoreingenommenheit heraus ein Teil der amerikanischen Öffentlichkeit an der Schuld Saccos und Banzettis festhält. Nicht aber verstehen wir, wie selbst dieser Teil noch einer Hinrichtung nach siebenjähriger Folterzeit des Wartens das Wort reden kann. Am wenigsten verstehen wir, wie es Organe der Justiz, wie es einen Richter geben kann, der eine Handlung vorschlägt und verantwortet, die nicht nur jedem Gelehrten der Menschlichkeit, sondern auch der Berechtigten Hohn spricht.

Sollte das Entsetzliche und Unausdenkbare wirklich zur Tat werden, so stehen wir nicht an zu erklären: Hier würde eine Enttäuschung über das Rechtsgefühl und Verantwortungsgefühl einer großen Nation geschaffen werden, die keine Heldentat eines Lindbergh oder Chamberlin wettmachen könnte. Die Vollstreckung eines Todesurteils nach siebenjähriger Wartezeit würde einen unauslöschlichen Schatten auf den Charakter eines Volkes werfen, das etwas derartiges zuläßt.

Aber noch vermögen wir daran nicht zu glauben. Wir hoffen und vertrauen auf das starke Gerechtigkeitsgefühl eines Volkes, das so oft Zeugnis davon abgelegt hat, daß für sein Empfinden Recht und Menschlichkeit keine leeren Worte sind.

Der preussische Kultusminister hat angeordnet, daß an den preussischen Schulen am Verfassungstage Schulfeste stattfinden. Am Verfassungstage sind Schulfeste zu veranstalten, bei denen die geschichtliche Bedeutung des Tages gemüßigt wird. Den einzelnen Schulen ist volle Freiheit bei der Ausgestaltung der Feste im einzelnen gelassen, doch erwartet der Minister, daß alles getan wird, um den inneren Gehalt und den äußeren Rahmen der Schulfeste würdig zu gestalten und die hervorragende Bedeutung des Tages den Schülern nahezubringen.

Loeb gegen Thüringen. Nach einem Beschluß des Weimarer Landgerichts ist die Entscheidung über den Prozeß des Staatsbankpräsidenten a. D. Genossen Loeb, gegen das Land Thüringen auf den 20. September verschoben worden.

Ein Ausschrei des russischen Schrifttums.

Auf geheimen Wegen hat eine Gruppe russischer Schriftsteller ein Manifest ins Ausland geschickt, das an die Schriftsteller der ganzen Welt gerichtet ist. Wir entnehmen dem Manifest, das der „Reichsbote“ überliefert, folgende inhaltliche Angaben:

Der Idealismus, diese mächtige Strömung der russischen Literatur, wird als Staatsverbrechen gebrandmarkt. Unsere Manifeste dieser Richtung sind von allen öffentlichen Bibliotheken verboten. Dasselbe Schicksal trifft die Werke der Historiker und Philosophen nicht materialistischer Weltanschauung. Spezielle Instruktionen konfiszieren, bei plötzlichen Revisionen öffentlicher Bibliotheken und Buchhandlungen, alles, was zu der vorrevolutionären Kinderliteratur und zum Volksepos gehört. Die gegenwärtigen Schriftsteller, die als idealistisch Bestimmte verdächtigt erscheinen, sind jeder Möglichkeit, sogar jeder Hoffnung beraubt, ihre Schöpfungen jemals herauszugeben. Und sie selbst werden, als Feinde und Zerstörer der geltenden Staatsordnung, von allen Kreisen verstoßen und kommen uns tägliche Brot.

Dies ist die erste Mauer des Gefängnisses, in welchem das freie Wort gefangenhalten wird. Ihr folgt eine zweite Mauer.

Jedes zur Veröffentlichung bestimmte Schriftstück muß in zwei Exemplaren zuerst der Zensur vorgelegt werden. Nach erfolgtem Abdruck lehrt das Schriftstück daselbst zur zweiten Lesung wieder zurück. Es kam vor, daß einzelne Sätze, ein Wort, sogar ein Buchstabe (z. B. der Anfangsbuchstabe im Worte „Gott“), die vom ersten Zensur, Herausgeber und Korrektor übersehen wurden, bei der zweiten Zensurierung zu erbarmungsloser Konfiskation der gesamten Auflage führten.

Der Genehmigung des Zensors sind alle Werke, sogar auf dem Gebiete der Chemie, der Astronomie und Mathematik unterworfen. Eine ergänzende Verfasserkorrektur kann nur mit besonderer jeweils bestätigter Bewilligung des Zensors erfolgen. Ohne dieselbe darf die Druckerei keinerlei Berichtigung im Satzert eintragen.

Ohne präventive Genehmigung der Zensur, ohne spezielles mit Stempelmarken versehenes Geßuch, ohne langes Warten, bis der mit Arbeit überhäufte Zensur vor Prüfung eines Papierstückes übergeht, nur Namen und Bornamen verzeichnet sind, kann unter kommunistischer Herrschaft keine Visitenkarte gedruckt werden. Die Herren Duhamel und Durten könnten leicht bemerken, daß sogar Theaterplakate mit Inschriften „nicht rauchen“, „Nebenauegang“, mit dem sakramentalen Bismum der Zensur, die den Druck der Plakate genehmigt, versehen sind.

Daneben steht noch eine dritte Gefängnismauer, die dritte Linie von Drahtzaun und Wollgruben.

Zur Eröffnung eines privaten oder öffentlichen Verlages ist eine spezielle amtliche Genehmigung erforderlich, die sogar für rein literarische Werke mit einer Frist von zwei Jahren erteilt werden kann. Auch sind solche Genehmigungen sehr schwer erhältlich. Nicht staatliche Verlage bilden überhaupt eine Seltenheit.

Schäpels neuester Plan.

Beseitigung des Stadtportos in den Großstädten.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgende alarmierende, aus einer sehr zuverlässigen Quelle stammende Mitteilung:

„In führenden wirtschaftlichen Kreisen wird bekannt, daß außer den vor der Reichspostverwaltung der Presse bekanntgegebenen Änderungen der ersten Vorlage noch weitere vorgesehen sind, von denen eine besonders geeignet ist, den Verkehr der Großstädte ganz erheblich zu belasten. Nach dem neuen Entwurf sollen nämlich in allen Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern die besonderen Ermäßigungen des Ortsportos für Briefe und Postkarten weggelassen.“

Das Reichspostministerium bestätigt vorstehende Meldung im vollen Umfange. Es behauptet, daß in den großen Städten der Verkehr von Briefen und Postkarten innerhalb der Ortsgrenzen fast ebenso teuer sei wie der nach außerhalb. Deshalb wird geplant, in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern das ermäßigte Ortsporto aufzuheben.

Wie man sieht, will Herr Schäpel ganze Arbeit machen. Wo nur irgendwas zu holen ist, sollen die Gebühren erhöht werden. Der Fiskalismus der Reichspost geht so weit, daß sie sogar die notwendigen wirtschaftlichen Folgen einer derartigen Radikalkur übersehen. Zeigten schon die bisherigen Vorschläge des Reichspostministers, daß man den Kleinverkehr besonders stark belasten will, so tritt das bei diesem neuen Projekt noch deutlicher zutage. Sieht man von dem übrigen Publikum ab, so ist es in erster Linie der Handel und Gewerbe treibende Mittelstand, der von einer derartigen Gebührenpolitik betroffen wird. Sonst aber kann sich der Rechtsblock in Freund- und Feindverhältnissen für den Mittelstand nicht überbieten. Es fehlt nur noch, daß man jetzt diese Postgebühren annimmt, die eine Sondersteuer großen Stils bedeuten, um hernach im Reichstag Anträge zu stellen, die besondere Hilfeleistungen für die betroffenen Kreise verlangen. Wir zweifeln nicht, daß das früher oder später eintreffen wird. Wir zweifeln aber ebenso wenig daran, daß die Schädlichkeit dieser Treiberien der Rechtsblockregierung sehr bald bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein erkannt wird.

Die Rebellion gegen den Landbund.

Auch Ostpreußens Bauernschaft fällt von ihm ab.

Überall im Reiche regt sich das selbständige Bauerntum zum Widerstand gegen die Ansprüche des Großgrundbesitzes auf Führung in der Landwirtschaft. Die Bewegung, die durch die Gründung der Deutschen Bauernschaft einen kräftigen Anstoß erfahren hat, breitet sich selbst in Ostpreußen aus. So haben sich kürzlich in dieser Domäne des Großgrundbesitzes mehrere Bauern-, Siedler- und Pächterverbände zu einer „Ostpreussischen Bauernschaft“ zusammengeschlossen. Auf der Gründungsversammlung, die in Korischen Kuttand, gelangte eine Entschließung zur Annahme, die im allgemeinen die bekannnten Forderungen der Bauernschaft enthält. Von besonderem Interesse ist aus der Resolution der folgende Ablass:

„Auf dem Gebiete der ländlichen Siedlung fordern wir, daß an Stelle der provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften der Staat als Siedlungssträger auftritt. Private Siedlungsgesellschaften ruhen in Ostpreußen in den Händen des Großgrundbesitzes und wir können uns mit den Ausführungen des Herrn von Gahl auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsverbandes in Stettin nicht einverstanden erklären. Wir sind nicht der Auffassung, daß Siedlung in den Bezirken erfolgt, wo der Landlieferungsverband Grund und Boden, der an sich viel zu wünschen übrig läßt, hergibt, auch darf das Siedlungsgeld keinesfalls dazu verwendet werden, den verschuldeten Großgrundbesitzern finanziell zu helfen. Wir erwarten, daß der Staat die Siedlungsfrage mit Heranziehung der Bauernorganisationen fördert, und daß jede unberechtigte Einmischung von Genossenschaften unterbleibt.“

Das ist eine deutliche Sprache. Herr v. Gahl, Reichsratsmitglied und Kandidat für ein von ihm propagiertes Reichsministerium für Ostpreußen, wird über die Ablass der Bauern nicht übermäßig erfreut sein. Wird ihm, der aus lauter

deutschnationaler Ueberzeugungstreu die Interessen seiner Provinz bereits auf das Empfindlichste geschädigt hat, doch ein klares Mißtrauensvotum ausgesprochen — und nicht nur ihm! Denn die Kundgebung richtet sich in gleichem Maße gegen die ganze reaktionäre Clique von Großgrundbesitzern, die es als Staatspolitik ansehen, wenn sie auf Kosten der werktätigen Bauern und der Verbraucher erst einmal ihre eigenen Taschen füllen.

Das neue Strafrecht.

Vorbereitungen auf die Parlamentsarbeit.

Die Vorbereitungen der Ausschussberatungen über das neue Strafrecht haben jetzt begonnen. Der Ausschuss hat die Referate zum allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches verteilt, und dabei sind auf die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion je zwei Referate und Korreferate entfallen. Genosse Landesberg hat das Referat über die Strafen, Genosse Rosenfeld das über die Strafbemessung übernommen, während Genosse Saenger das Korreferat über das Kapitel von den strafbaren Handlungen und Genosse Levi das Korreferat über Strafmilderung und Strafschärfung hat.

Der Verfassungstag in Baden.

Reaktionärer Aufhebungsantrag abgelehnt.

Karlsruhe, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Badische Landtag beschäftigte sich am Mittwoch mit einem Antrag der Deutschnationalen, die Verordnung der Regierung, wonach der Verfassungstag in Baden ein gebotener Feiertag ist, aufzuheben, sowie mit einem Eventualantrag, die Verordnung dahin abzuändern, daß kein Badener behindert ist, am 11. August seinem Beruf nachzugehen. Der Landtag lehnte beide Anträge mit 45 gegen 19 Stimmen ab. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, der Landbund, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten. Bezeichnend war das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Im Ausschuss stimmte sie für Ablehnung des deutschnationalen Antrages, in der Vollversammlung um und stimmte für den Antrag, also für die Abschaffung des Verfassungstages in Baden.

Verlechte Höflichkeit.

Wo bleibt das internationale Beileid für das Sachsenunglück?

Die Hochwasserkatastrophe in Sachsen dürfte bei weitem das furchtbarste Unglück sein, das seit Kriegsende ein europäisches Land heimgesucht hat. Ihr Umfang, insbesondere die angeführte Zahl der Todesopfer, stand bereits am Sonntag fest. Es ist in der internationalen Diplomatie Sünde, daß die fremden Regierungen durch ihre diplomatischen Vertreter der Regierung des betroffenen Landes ihr Beileid aussprechen lassen. Das ist zwar nur eine Formalität, aber sie ist nun einmal herkömmlich, und sie wird, nicht zuletzt von den Deutschen, bei weit geringeren Anlässen erfüllt. Bis hier haben aber zu dem Unglück im Erzgebirge nur die Berliner Vertreter der kleineren Staaten dieser traditionellen Anstandspflicht genügt, ebenso der Vertreter der Vereinigten Staaten. Die Repräsentanten Frankreichs, Englands und Italiens haben dies bisher nicht getan. Wenn der italienische Diktator einem Mitleid entronnen ist, dann drohen die Staatsoberhäupter und laufen die Boten, um zu protestieren, obwohl sie genau wissen, daß es sich um dieselbe Arbeit handelt. Wenn aber eine Naturkatastrophe 200 deutsche Proletarierleben vernichtet, dann halten sie es nicht für nötig, die Formen des internationalen Anstandes gegenüber dem deutschen Volke zu wahren. Wir stellen das fest.

Genosse Konrad Finkelmeyer, Redakteur des „Volk“ in Jena, hat gegen den Staatsanwaltschaftsrat Hoel, der aus dem Loeb-Prozeß und dem Reineidsprozeß gegen den Oberstaatsanwalt Frieders bekannt ist, und die rechte Hand der Ordnungsregierung und der Staatsanwaltschaft war, Strafanzeige wegen Reineids beim Oberstaatsanwalt in Weimar eingereicht.

Die Tätigkeit eines Verlages kann sich nur im Rahmen eines von der Zensur genehmigten Programms entwickeln. Die Verleger sind deshalb verpflichtet, der Zensur ein Halbjahr voraus genaue Verzeichnisse zur Veröffentlichung sämtlicher vorgesehenen Werke, mit ausführlichen Lebensbeschreibungen der Verfasser vorzulegen. Der Verlag darf außer einem solchen von der Zensur genehmigten Verzeichnis, soweit es von der Zensur bestätigt wurde, nichts anderes herausgeben. Unter solchen Bedingungen wird solches Material zum Abdruck ausgenommen, welches der kommunistischen Zensur gefällt. Gebraucht wird nur, was von der für alle obligatorischen kommunistischen Weltanschauung nicht abweicht. Das übrige, so bedeutend und talentvoll es auch sein mag, kann nicht herausgegeben werden und muß verborgen bleiben; das bei Hausungen Borgefundene führt zur Verhaftung und Verbannung, sogar zum Erschießen. Professor Lazarewski, einer der bedeutendsten russischen Staatsrechtler, wurde lediglich deshalb hingerichtet, weil bei einer Hausung sein Entwurf einer neuen russischen Staatsverfassung vorgefunden wurde.

Ich auch, Schriftsteller, dies alles unbekannt geblieben? Wagt ihr dies alles? Fühlt ihr nicht das Entsetzliche der Lage, zu welcher unser Wort, unsere Sprache, unsere Literatur nerurteilt sind.

Dies Schreiben wirkt wie aus einem verdorbenen Kerker entsetzt. Unter großer Gefahr wurde es abgefaßt, mit Lebensgefahr brachte man es über die Grenze. Auch wissen wir nicht, ob unser Schreiben erscheinen wird.

Sollte dies aber gelingen und unsere Grabestimme euch ertönen, so stehen wir euch: Höret, leset und überlegt das Schreiben. Der Hergang unserer großen verdorbenen Leo Tolstoi, der feinerzeit sein „Ich kann nicht schweigen“ der ganzen Welt zurief, wird dann auch die Richtschnur für euch selbst werden.“

Rußland, Mai 1927.

Eine Gruppe russischer Schriftsteller.

Menetekel! Auf den hohen Sätteln des Riesengebirges, Erzgebirges, Harzes usw. liegen ausgedehnte Moore, Schwämme gleich, die enorme Wassermengen aufzunehmen und allmählich abzugeben fähig sind. Diese natürlichen Regulatoren hat der Mensch im Laufe der letzten Jahrzehnte durch Grabensteme entwässert. Seitdem häufen sich die Katastrophen am Fuße der Gebirge. Was der Mensch hier gesündigt hatte, sucht er durch Dammbauten nachträglich wieder gutzumachen. Aber die jahne Gottscheba durchdrang in der Erzgebirgs-Katastrophe einen eben fertiggestellten Betonstamm in wenigen Sekunden. Um auch nur an den gefährlichsten Stellen überall wirklich ausreichende Dämme zu bauen, fehlt es an Geld. Das wahre Uebel, die Zerstörung eines von der Natur selbst im Gleichgewicht erhaltenen Verteilungssystems, wird damit nicht beseitigt. Wenn es möglich war, nach der Insel Smit eine Bahndrüse zu bauen, dann sollte es auch möglich sein, nach dem Vorbild holländischer Unternehmungen leichte Meerestellen abzubämmen und dem Menschland zu gewinnen. Die Moore aber sollte man wieder befeuchten und alle erreichbaren Deldländer aufforsten, denn die Ent-

waldung ist eine der anderen Ursachen dieser Katastrophen. Auch die Wälder Sibiriens und Rußlands, die wie ein Schutzwall wirken, wäre Mitteleuropa vielleicht längst wieder verfliegt. Arbeitet der Mensch an der „Rationalisierung“ der Natur, von der er nicht den millionsten Teil so viel versteht wie von Technik und Industrie, so weiter wie bisher, dann wird diese Versteppung reichende Fortschritte machen.

Für die Biochemie. Der Verein Deutscher Chemiker hat beschlossen, dahin zu wirken, daß die Biochemie (physiologische Chemie) an unseren Hochschulen mehr gepflegt werde. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten die Führerschaft, die es sich auf diesem Gebiete erworben hatte, eingebüßt. Die neuen, für Chemie, Medizin und Industrie gleich wichtigen Fortschritte in der Erforschung der Vitamine und Hormone verdankt man fast ausschließlich der Arbeit angelsächsischer Biochemiker. An dem Niedergang dieser Forschungsrichtung in Deutschland trägt die Hauptschuld die Geldnot der Nachkriegszeit, aber nicht minder das mangelnde Verständnis der maßgebenden Kreise. Es gibt in Deutschland kein einziges Institut, das den jungen Gelehrten die Erfahrungen der Vitamine- und Hormonforschung vermittelt und sie mit den neuesten und besten Methoden des Tierversuchs bekannt machen könnte. Es hat keinen Sinn, etwa viele kleine und notwendig ausgestattete biochemische Institute zu schaffen. Die moderne Biochemie braucht sehr große Hilfsmittel. Wir brauchen biochemische Forschungszentren, wo bedeutende Gelehrte chemischer, physikalischer und medizinischer Richtung sich zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenschließen und einen Nachwuchs heranbilden. Der Chemie, Medizin, Botanik, Zoologie und Bakteriologie mit biochemischen Gedankengängen befruchten kann.

Verluchsbauten in Dessau. Der Verwaltungsrat der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hat beschlossen, aus dem vom Reichsarbeitsministerium für Wohnungsbauprozesse zur Verfügung gestellten Stock von zehn Millionen Mark der Stadt Dessau für Verluhbauten unter der Leitung des Direktors des Dessauer Bauhauses, Professor Gropius, den Betrag von 300 000 M. zur Verfügung zu stellen bei einem Zinsfuß von 1 Proz. Diese Zuwendung ist bemerkenswert, weil aus den vom Reiche bereitgestellten Mitteln außer Dessau bisher nur die Städte Frankfurt a. M. und Stuttgart Beiträge für Verluhbauten erhalten haben. Die Stadt Dessau will von dem Geld weitere 150 Einfamilienhäuser in Angriff nehmen. Ferner erhielt das Bauhaus aus dem gleichen Stock 50 000 M. zur Ausprobierung besonderer Baumaschinen.

Unsere Staatliche Hochschule für Kunst hat für ihre Beteiligung auf der internationalen Ausstellung in Genf eine ehrenvolle Anerkennung erhalten. Die Instrumentenfabrikation der Hochschule hatte einen eindrucksvollen, den Übergang des deutschen Instrumentenbaus voranschreitenden Namen aufzuweisen.

Ein japanisch-deutsches Kulturinstitut. Vor kurzem wurde das japanisch-deutsche Kulturinstitut in Tokio eröffnet. Neben dem Institutsdirektor Prof. Takafusa stellen der Präsident des Reichtumsministeriums, der Unterrichtsminister, der Akademierpräsident, der deutsche Vizekonsul, der Berliner Botschaftsdirektor Otto Thimmel und der deutsche Leiter des neuen Instituts Gumbert Anwesende.

Bayerischer Finanzausgleich. Auf Kosten der Gemeinden.

München, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach langwierigen Verhandlungen im Schöße der Regierungsparteien ist dem bayerischen Landtag nun endlich der Gesetzentwurf über den diesmal strittigen innerbayerischen Finanzausgleich zugegangen. Die Vorlage, die schon im Laufe der nächsten Woche vom Parlament verabschiedet werden soll, enthält folgende Bestimmungen, durch die den Gemeinden, Bezirken und Kreisen neue Mittel zufließen: Die Gemeinden erhalten die Ermächtigung, von allen im Gemeindebezirk wohnenden Personen, die selbstständig auf eigene Rechnung leben, eine sogenannte Verwaltungskostenabgabe in der Höhe von höchstens 6 M. jährlich zu erheben. Von dieser Abgabe sind die Schwertriebsbeschädigten und Klein- und Sozialrentner befreit. Für die Rechnungsjahre 1927 und 1928 werden ferner 5 Proz. des Anteils der Gemeinden und Kreise an der Einkommens- und Körperschaftsteuer einbehalten und diese Gelder nach dem Verhältnis der Fürsorgelasten und der Aufwendungen für die Strafen vom Innenministerium verteilt werden. Weiterhin werden die Gemeinden ermächtigt, ihre Umlage bis auf 490 Proz. zu erhöhen, die Bezirke bis auf 230 Proz. und die Kreise bis auf 60 Proz. Aus diesen Bestimmungen ersieht man, daß die finanzielle Hilfe für die in schwerer Not befindlichen Selbstverwaltungskörper in Bayern nicht vom Staat gewährt wird, sondern ausschließlich zu Lasten der Gemeinden selbst geht.

Ein Waffenlager des Stahlhelm. Bei Sprottau ausgehoben.

Görlitz, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde dem Reichsbannervorsitzenden von Sprottau mitgeteilt, daß sich in einem Schuppen des Gutsbesizers Weiß, eines Stahlhelmsmannes, ein großes Handgranatenlager befände. Die Polizei wurde benachrichtigt und nahm am Dienstagmorgen eine Hausdurchsuchung vor. Der Gutsbesitzer bestritt alles. Schnurstrafen gingen nun die Beamten in den Schuppen. Dort fanden sie mit Zellplanen und Decken verpackt 43 volle Kisten Stielhandgranaten, 1039 Stüd. Jetzt erklärte der Gutsbesitzer, diese Munition sei wohl vor acht Jahren zu ihm gebracht worden und sei ins Bergessen geraten. Sie wurde beschlagnahmt und sofort im Munitionsdepot der Reichsmehr untergebracht. Der Gutsbesitzer Weiß, sein Sohn und sein Sekretär sind Mitglieder des Stahlhelm und hervortragend tätig. Unglaubliches Unheil hätte mit dieser Munition in den Händen des Stahlhelm angerichtet werden können gegen die andersgesinnte Bevölkerung. Ein Brand hätte zu einer Katastrophe führen können. Rücksichtslose Untersuchung und Befragung ist in diesem Falle am Platze.

Iwan Kutisker gestorben.

Infolge einer plötzlichen Lungenembolie.

Iwan Kutisker ist gestern mittag gegen 1 Uhr in der Charité plötzlich gestorben.

Die Berufungsverhandlung im Kutisker-Prozess hat mit dauernder Anwesenheit eines Assistenzarztes der Charité stattgefunden, und noch am 7. Juli hat Geheimrat Professor Dr. His die Verhandlungsfähigkeit Kutiskers vor Gericht erneut festgestellt. Anscheinend ist der Tod durch eine jahrausgetretene Lungenembolie herbeigeführt. Ueber das Ergebnis einer bevorstehenden eingehenden ärztlichen Untersuchung wird morgen dem Gericht Bericht erstattet werden. Die letzte Verhandlung gegen Kutisker hat am Montag stattgefunden.

Der Tod Iwan Kutiskers ist sehr überraschend gekommen. Iwan Kutisker unterhielt sich gerade mit einem seiner Wärter über die Aussichten des heute erfolgenden Urteils, als er, wohl infolge der Erregung über die letzten Verhandlungstage und den bevorstehenden Richterpruch, plötzlich tot zusammenbrach. Der von dem Wärter sofort hinzugezogene Arzt konnte ihm nicht mehr helfen.

Kutiskers Ende.

Heute sollte das Urteil in der Berufungsverhandlung gegen Kutisker verkündet werden. Gestern vormittag verstarb er plötzlich, ohne den neuen Richterpruch abzuwarten. Der Staatsanwalt hatte eine Herabsetzung der Strafe beantragt. Wie erinnerlich, lautete das Urteil der ersten Instanz auf 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Man wird dem Kaufmann Kutisker keine Träne nachweinen. Mit ihm scheidet aus dem Leben ein Mensch, der gewissermaßen die schlimmste Erscheinung in der Nachkriegs- und Inflationszeit, mit ihrer Raffgier und ihrem Spekulationsgeist, verkörperte. In der Öffentlichkeit gab es keine zwei Meinungen über das Gemeingefährliche der ihm zur Last gelegten Handlungen. Seine Gaunereien haben der Preussischen Staatsbank, wenn auch nicht ohne ihre eigene Schuld, etliche Millionen gekostet.

Am Augenblick seines Todes entsteht jedoch für die Öffentlichkeit die Frage: haben die Justizbehörden recht gehandelt, daß sie den angeklagten Anträgen der Verteidigung über die Verhandlungs- und Haftunfähigkeit des Menschen Kutisker kein Gehör gaben? Es kann nicht Aufgabe des Gerichts sein, einen Angeklagten in den Tod hineinzuprozeßieren, über einen Menschen indirekt ein Todesurteil wegen eines Verbrechens zu verhängen, auf das laut Gesetz nur Freiheitsstrafe steht. Das ist aber in diesem Falle, allem Anscheine nach, geschehen und wird in so und so vielen Fällen, die weniger sensationell sind als der Fall Kutisker, bereits vorgekommen sein. Auch fordert es zu schärfster Kritik heraus, daß ein Mann für verhandlungsfähig erklärt wurde, der nur mit Einwirkung von Medikamenten wohlgehalten wurde. Wegen eines derartigen Mißbrauch der Untersuchungshaft muß aber ganz entschieden Einspruch erhoben werden. Die Verteidigung hatte die Hinzuziehung eines Gerichtsarztes beantragt, damit dieser die Entscheidung über die Haftunfähigkeit Kutiskers treffe. Das Gericht begnügte sich aber mit dem Gutachten des Charitéarztes Prof. His, das immer wieder lautete: es besteht keine Lebensgefahr. Selbst vor wenigen Tagen wiederholte er diesen stereotypen Satz. Bestand also Lebensgefahr, oder bestand keine? Diese Frage wird nicht so sehr im Interesse Kutiskers, der ja, trotzdem er außer Lebensgefahr war, die Unvorsichtigkeit hatte, zu sterben, als im Interesse der vielen Namenlosen, die unter Umständen gleich Kutisker in den Tod hineingeprozeßiert werden können, zu stellen sein. Der Geist Höpflers, der unter ähnlichen Umständen verschied, geht immer noch um.

Ein neues Dominion?

London, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die britische Regierung hat beschlossen, eine königliche Kommission nach Ostafrika zu entsenden, um die Frage der Bildung eines ostafrikanischen Bundesstaates, welcher die Kolonien Kenja, Uganda,

Das Reichsgericht in Stuttgart.

Hintergründe des politischen Prozesses. — Kommunistische Prahlereien. „Schwarze Polizeiwehr.“

Stuttgart, 13. Juli. (Eigener Bericht.)

Seit einem Monat tagt nun in Stuttgart der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in seiner Eigenschaft als Staatsgerichtshof, um Straftaten von Angehörigen der kommunistischen Partei abzuurteilen, die im November 1923 begangen wurden. Damals hatten die Inflationswirren ihren Höhepunkt erreicht, in München hatte sich im Hitler-Ludendorff-Putsch das Regiment des Allgewaltigen Kahr totgelaufen, und General Seeckt, in dessen Händen die Befehlsgewalt lag, hatte das politisch völlig verfehlte Verbot der kommunistischen Partei erlassen.

Der Hochverrat.

Die Verjücker der kommunistischen Agitatoren, ihre Anhänger trotz des Verbots zusammenzuhalten, werden, da die Ziele auf einen mit verfassungswidrigen Mitteln angeführten Umsturz der Staatsordnung hinauslaufen, juristisch als Hochverrat angesehen, woraus sich die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes ergibt.

In Verbindung damit sind zwei Straftaten abzuurteilen, die im Zusammenhang mit jenen Vorgängen erfolgt sind. Damals waren die Räume des Stuttgarter Kommunistenblattes, der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“, in der Geißstraße von Polizeibeamten besetzt, um das Erscheinen des Blattes zu verhindern. Gegen diese Besetzung wurde in der Nacht des 26. November 1923 ein Bombenanschlag verübt, der jedoch infolge glücklicher Zufälle nur Materialschaden anrichtete. Die Anklage lautet aber auf verführten Mord. Am Tage darauf war die Polizei bei der Recherche nach einem Einbrecher im Nebenzimmer eines über beleuchteten Lokals in der Leonhardstraße auf die kommunistische Kurierzentrale gestoßen, die sie sofort aushob und deren Material sie beschlagnahmte. U. a. fand sie dort die Einladung zu einer Geheimfeier, die am gleichen Abend in der Alfredstraße in Ostheim stattfand, und das Stichwort, unter dem man dort Zutritt erlangte. Der Kriminaloberwachmeister Tschiersch drang mit noch einem Beamten dort ein und wollte die Anwesenden mit porzellanen Revolver dort so lange festhalten, bis sein Kollege Verstärkung herbeibrachte. Als diese nach einigen Minuten kam, lag Tschiersch mit durchschossener Brust sterbend im Haussgang, und von den Sitzungsteilnehmern war niemand mehr anwesend. — Der Teilnahme an diesen beiden Verbrechen ist

eine größere Anzahl von Mitgliedern der kommunistischen Partei beschuldigt.

von denen mehrere flüchtig sind und sich vermutlich in Rußland aufhalten. Auf der Anklagebank selbst sitzen Werkmeister Otto Balthard, Redakteur Otto Lämmle, Tabakschneider Emil Gädeler, Mechaniker Hermann Ruoff und Rag Stauf, Friseur August Groß, Schlosser Otto Braune, Schneider Franz Stegmayer, Bäcker Eugen Klöpffer, Bauzeichner Richard Daniel, Hilfsarbeiter Hermann Hepperle und Paul Kuhle.

Die Verhandlungen werden geleitet von dem schon aus früheren Prozessen ähnlicher Art bekannten Präsidenten Niedner, die Anklage vertritt Rechtsanwalt Reumann mit seinem Hilfsarbeiter, Amtsrichter Weinkauf, die Verteidigung führen die Anwälte von Bagnato und Heinz aus Stuttgart, Dr. Herzfeld und der preussische Landtagsabgeordnete Obuch aus Berlin. In den zurückliegenden vier Verhandlungswochen ist es mehrfach zu

sehr erregten und teilweise persönlich vertehenden Auseinandersetzungen

zwischen der Verhandlungsleitung, der Reichsanwaltschaft und der Verteidigung gekommen, ohne daß jedoch bisher einer dieser Konflikte die Fortführung des Prozesses ernstlich gefährdet hätte.

Ungemein schleppend zog sich die Vernehmung der zahlreichen Angeklagten hin, die ihre Schuld bestreiten. Nach ihrer Darstellung ist der tödliche Schuß auf den Oberwachmeister Tschiersch von dem jetzt in Rußland befindlichen Ferdinand Metz abgebehen worden, der zur Zeit der Tat aber erst 18 Jahre alt war! Die Angeklagten werden jedoch stark belastet durch Notizzbücher und Briefe, die von ihrer eigenen Hand stammen und teils in Stuttgart, teils in Mannheim bei dem dortigen Kampfleiter, teils in Berlin im kommunistischen Fraktionszimmer des Preussischen Landtags und in der Passfächerzentrale in Neudöln beschlagnahmt worden sind. Daraus ist zu entnehmen, daß

Anschläge geplant

waren auf die Schupokaserne im hinteren Flügel des Residenzschlosses und auf die Bergkaserne in Stuttgart. Ferner wird insbesondere dem Angeklagten Balthard die Beteiligung an einem Anschlag auf das Leben des Generals Seeckt zur Last gelegt, der sich damals in Baden-Baden aufhielt. Von dem Angeklagten Stauf wurde in Berlin ein umfangreiches Schreiben an die Leitung der „Roten Hilfe“ vorgefunden, in dem er selbst seine Beteiligung an dem Bombenattentat, sowie an der Erziehung des Polizeioberwachmeisters, an verschiedenen Einbrüchen in Stuttgarter Studentenbäusern und an dem Plan eines weiteren Attentats auf eine Polizeiwache darstellte. Die auf diese und ähnliche Art belasteten Angeklagten suchten sich auf eine

Sonstbar, Langanga und wahrscheinlich auch Nord-Rhodesien und Apafaland einschließen wird, zu studieren. Dies ist eine erste Frucht der vor kurzem in London abgehaltenen Kolonialkonferenz.

Die zahlreiche indische Bevölkerung ist diesen Plänen gegenüber durchaus feindselig eingestellt, da sie als Resultat der Bildung eines solchen ostafrikanischen Bundesstaates eine hoffnungslose Unterdrückung und Ausbeutung durch die kleine regierende Schicht britischer Siedler befürchtet.

Frankreich will den Zolltarif ändern.

In Erwartung des Vertrages mit Deutschland.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Vormittags-sitzung der Kammer brachte der Sozialist Barthe eine Interpellation über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ein. Handelsminister Botanowski forderte die Kammer auf, die Interpellation zu vertagen, da man zur Stunde nicht wisse, ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden oder nicht. Von Frankreich sei alles geschehen, um ein Zustandekommen eines Abkommens zu ermöglichen. Er werde der Zollkommission die Abänderungen vorlegen, die in letzter Stunde noch am französischen Mindesttarif vorgenommen worden sind, um den Abschluß eines Abkommens zu erleichtern. Falls trotzdem kein Abkommen zustandekommen sollte, so könnte die Kammer für die Fortführung der Verhandlungen während der Parlamentsferien der französischen Delegation vielleicht ähnliche Vollmachten erteilen, wie sie die deutsche Reichsregierung vom Reichstag erhalten habe. Der Antrag Barthe wurde daraufhin mit 295 gegen 260 Stimmen verlegt.

Die Redierungen Botanowskis wurden im Laufe des Nachmittags durch eine anscheinend offiziöse Mitteilung bestätigt, daß nach keine Antwort aus Berlin auf den Entwurf des vorläu-

für sie persönlich wie für den ganzen Parteibetrieb bei den Kommunisten wenig schmeichelhafte Art herauszureden. Diese Angaben seien erfolgt und von ihnen nur gemacht worden, um sonst nicht erhältlich gewesene Unterstellungen und gefälschte Däse zu bekommen, mit denen sie hätten ins Ausland gehen können. Der Angeklagte Braune, der schon in der Voruntersuchung einen Hungerstreik inszenierte und sich in der Verhandlung mehrfach sehr robort benahm, hat sich durch

üble Renommistereien

hereingeschritten. Er hat nach dem Bombenattentat dritten gegenüber sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Lumpen dabei nicht „verreckt“ seien, versprach dritten nach der „Revolution“ Vertrauensstellungen, da er dann selbst „Roter General“ sein würde. Und was dergleichen Beweise für die politische Unreife der in der kommunistischen Bewegung führenden Personen mehr waren.

Von allgemeinerem politischem Interesse waren bisher einige Einzelheiten aus den Zeugenvernehmungen. Ein Diplomaladvokat Schönleber war zu der kritischen Zeit bei der Polizei eingezogen und verweigerte auf Grund einer Anweisung des Stuttgarter Polizeipräsidenten die Aussage über die Art und Dauer seiner Beschäftigung bei der Polizei. Da Schönleber kein Beamter war, suchte die Verteidigung die Rechtsgültigkeit dieser Identifizierung an. Ihre Anträge auf Ladung des Polizeipräsidenten, des Innenministers Bolz und des Staatspräsidenten Dr. Nieber wurden jedoch vom Gericht abgelehnt. Es scheint also trotz der entgegengekehrten Erklärung des Ministers Bolz im Württembergischen Landtag zu jener Zeit doch so etwas wie eine

„Schwarze Polizeiwehr“

bestanden zu haben. Die Vernehmung des früheren kommunistischen Abgeordneten Hans Stetter, der später aus seiner Partei ausgeschlossen wurde, ergab, daß ihm von der Leitung der Partei der Vorwurf der Feigheit gemacht worden war, weil er, als die Polizei in eine von ihm geleitete Sitzung im Stuttgarter Theaterrestaurant eindrang, keinen bewaffneten Widerstand (!) geleistet habe. Das Verhalten in der Sitzung in Ostheim, wo der Oberwachmeister Tschiersch erschossen wurde, ist in dieser Rüge von der Partei ausdrücklich als maßgebend für solche Fälle bezeichnet worden. Bei einigen Zeugen, die Mitglieder der kommunistischen Partei sind, fiel es auf, daß sie keine Aussagen machen wollten. Einer sagte direkt, er werde sich als Mitglied der K.P.D. „hüten“, Aussagen zu machen. Die Verteidigung bestritt mit großer Leidenschaftlichkeit, daß die K.P.D. ein allgemeines Schweigegebot für ihre Mitglieder erlassen habe, aber die Reichsanwaltschaft brachte eine Anzahl Dokumente bei, die doch erkennen ließen, daß hinter den Kulissen mindestens der Versuch unternommen worden ist, einen Gewissenszwang auszuüben.

Den Höhepunkt der Verhandlung

bildeten bis jetzt die Vernehmungen der früheren kommunistischen Parteimitglieder Diener und König, die schon früher in anderen Hochverratsprozessen zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, aber von den Angeklagten und der Verteidigung jetzt als Polizeispitzel, teilweise sogar als Vodka-Spitzel bezeichnet werden, da ihre Aussagen sehr belastend, ja gewissermaßen das Fundament der Anklage sind. Die Verteidigung gab sich große Mühe, den moralischen Wert der Persönlichkeiten dieser Zeugen herabzusetzen, aber der unbefangene Beobachter muß feststellen, daß ihre Bemühungen keinen sehr großen Erfolg hatten. Der Zeuge Diener ist überhaupt erst nach den unter Anklage stehenden Straftaten Nachrichtenleiter in der Partei geworden. Er erklärte, über die Anweisungen, die er in dieser Eigenschaft erhielt, in Empörung geraten zu sein, da er vorher die Kampfmethoden der Partei nicht so gekannt hätte. So sollte er bei einer Erwerbslosen demonstration einen

Angriff auf die Schutzpolizei durch Dachschüden

und andere Gewaltmittel organisierten. Das hätte niemals seiner Ueberzeugung entsprochen, und darum hätte er sich entschlossen, der Polizei erst indirekt und dann direkt Mitteilungen zukommen zu lassen, um die geplanten Verbrechen zu verhindern. Er habe niemals eine Bezahlung erhalten, noch Vorteile andere Art empfangen. — Die Vernehmung der Zeugen gewährte einen erschreckenden

Einblick in die moralische Verwilderung, die von der kommunistischen Partei durch die von ihr angewendeten politischen Kampfmethoden unter ihren Mitgliedern angerichtet wird.

Durch diese Zumutungen, die sie an alle Mitglieder stellt, gleichviel, welches Temperament und welchen Grad von Intelligenz sie haben, trägt sie wohl den stärksten Teil der Schuld daran, daß die Begriffe von Recht und Unrecht, Moral und Unmoral bei ihnen in Verwirrung geraten, und ihnen zuletzt jeder innere Halt und jede moralische Hemmung verloren geht. Eine Partei, die Berschwörer züchten will, zieht damit auch gleichzeitig die Berschwörer an den von ihr angezielten Verschöndungen groß!

tigen Handelsvertrages eingetroffen sei, zu dem die deutsche und französische Delegation am Dienstag gelangt waren. In den Kreisen des Parlaments verlautet, daß die Kammer aller Voraussicht nach vor Sessionschluss der französischen Delegation die von Botanowski angeregte Verhandlungsvollmacht erteilen wird.

Völkerbund und Naturkatastrophen.

Abschluß der Staatenkonferenz.

Genf, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Staatenkonferenz für die Gründung des Weltfriedensverbandes gegen Schädigungen durch Naturkatastrophen ist am Dienstag nach neunwägiger Dauer beendet worden. Der Schlußakt der Konvention wurde von einem Teil der Delegierten unterzeichnet (darunter Deutschland, Belgien, Italien, Spanien und Bulgarien). Der Konferenzpräsident, ehemaliger Minister Kälz, schloß die Konferenz mit einer Rede, in der er dem italienischen Senator Circaolo, dem Intendanten des Hilfswerts, für seine Anregung danke, ferner den Wunsch äußerte, daß die internationale Rote-Kreuz-Organisation sich bald wieder einheitlich gestalten möge, und die Hoffnung aussprach, daß die Institution in ihrer weiteren Entwicklung herauswache über ihre ursprüngliche Bedeutung als Weltfriedensverband in Notfällen und zu einem neuen Instrument der im Geiste und in den Werten des Friedens und der Versöhnung sich vertehenden und gegenseitig achtenden Völker der Welt werde.

In der Schlußsitzung war aus der Mitte der Versammlung das Beileid der Vertreter der Länder an Deutschland aus Anlaß der fälschlichen Ueberschwemmungskatastrophe zum Ausdruck gebracht worden.

Die bulgarische Polizei beschlagnahmte außerdem das Arbeiterblatt „Romini“ und verhaftete die gesamte Redaktion wegen „Aufwiegelung der Bevölkerung gegen die Staatsgewalt“.

Um die Dreifachheit in der Schwerindustrie

Verflechtungsmanöver der Unternehmer.

In großer Aufmachung fand am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter der Grobblechindustrie über die Einführung des Achtstundentages in den Hütten- und Walzwerken statt. Der Reichsarbeitsminister und der Reichswirtschaftsminister waren mit ihren Sachreferenten erschienen und die Eisenindustriellen hatten ihre namhaftesten Vertreter zur Besprechung entsandt.

Als Wortführer der Unternehmer trug der Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke Düsseldorf, Herr Pönsgen, noch einmal die bekannten Klagesieder über die Untragbarkeit des Achtstundentages in der Grobblechindustrie vor. Er wies auf den Wettbewerb Nordamerikas und vor allem auf die angeblich sich auf schlechtere Löhne stützende Konkurrenz Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs hin. Wieder marschierten die bekannten Zahlen über schlechte Preisconjunktur, schmale Gewinnspannen und dergleichen vorüber. Schließlich legte Pönsgen einen Antrag der Unternehmer vor, wonach sie bereit sind, für gewisse Gruppen der Hütten- und Walzwerker in großen Abständen den Achtstundentag nach und nach einzuführen, so zum Beispiel für die Gruppe der Thomasstahlwerke ab 1. April 1928, für eine weitere Gruppe der Walzwerker ab 1. Oktober 1928 und so fort, so daß schließlich im Laufe von drei Jahren dem Gutachten des Arbeitsausschusses entsprochen wäre.

Gegenüber diesen Unmöglichkeiten forderten die Arbeitervertreter, daß der Achtstundentag in den Hütten- und Walzwerken nicht erst am 1. Januar, wie es das Gutachten des Reichswirtschaftsrats vorsieht, sondern viel früher eingeführt werden müsse. Der 1. Januar könne lediglich als äußerster Termin in Frage kommen. Ferner müsse der Geltungsbereich des Achtstundentages weitergezogen werden. Hierfür wurde eine Reihe von Arbeitergruppen, so Hochöfenarbeiter, Apparatarbeiter usw. namhaft gemacht. In der Frage, ob der Achtstundentag für die Grobblechindustrie tragbar sei, erinnerten die Arbeitervertreter nochmals daran, daß die Bestehungskosten infolge der Steigerung der Produktion, der Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters und der Kürzung der Belegschaftsziffer — alles unbestrittene Tatsachen — geringer geworden sind.

Wozu dieser ganze Beratungsaufwand? Glaube der Reichsarbeitsminister, daß neue Argumente vorgebracht würden? Mit dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats mußte für die Reichsregierung die Situation bereits klar sein. Dieses Gutachten ist von Arbeitern und Unternehmern einstimmig angenommen worden. Daran ändern auch nachträgliche Erklärungen des Generaldirektors der Vereinigten Stahlwerke nichts. Die Vertreter der Arbeitgeber im Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wußten doch schließlich ebensogut wie Herr Pönsgen, wie weit sie gehen durften. Das Reichskabinett, das sich nunmehr zu entscheiden hat, muß daher jetzt endlich kurzen Prozeß machen und den Hütten- und Walzwerkern den sanitären Achtstundentag geben. Er ist längst fällig!

Wir wiederholen: Als die Unternehmer in der Schwerindustrie den Achtstundentag ablehnten, haben sie auch keine längere Frist dazu gebraucht. Es liegt kein technischer noch wirtschaftlicher Grund vor, die Schande der Zwölfstundenschicht noch weiter aufrechtzuerhalten.

Russische Arbeitsverhältnisse.

Wie es in Moskau Schlächtereien aussieht.

Dem „Lud“ vom 29. Juni entnehmen wir folgende Mitteilungen, die ungläubigen Zustände schildern, die in der Hauptstadt des „einzigen Arbeiterstaates“ kommunistischer Prägung herrschen:

„Auf Veranlassung des Verbandes der Lebensmittelarbeiter wurde kürzlich eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in den Moskauer Schlächtereien vorgenommen. Die Untersuchung zeigte einen erschreckenden Hunderttag der Unfälle.“

In den letzten zehn Monaten wurden 2367 Unfälle festgestellt: Messer- und Knochenstiche, Biß- und Stößwunden usw. Die Arbeit selbst wird unter äußerst ungünstigen und sanitär unzulässigen Bedingungen geleistet. Die Räume sind feucht, dunkel und kalt, ein Abfluß des Blutes ist nicht genügend gewährleistet. Schutzvorrichtungen sind nicht vorhanden. Die Arbeiter werden dauernd von der großen Schlächtereierie in die Schweineschlächtereierie, in die Dämmerfabrik usw. veretzt, was natürlich die Zunahme der Unfälle fördert.

Der Genuß rohen Fleisches ist bei den Schlächtereierarbeitern zur Gewohnheit geworden. Das Fleisch wird gleich nach

dem Abschachten des Viehs, vor der tierärztlichen Beschau, beiseite geschafft. Das Ergebnis sind Erkrankungen an Bandwürmern, die unter den Arbeitern sehr weit verbreitet sind und einen rapiden Kräfteverfall hervorrufen. Der Kampf gegen diese Berufskrankheit ist unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich.“

Geradezu tragisch klingt die resignierte Schlussfolgerung. Es ist also nicht möglich, unter den in Sowjetrußland herrschenden Verhältnissen den Kampf gegen die Berufskrankheiten zu führen. Die hohe Sowjetbureaucratie hat offenbar mit der Verfolgung Ändernderer soviel zu tun, daß ihr für den Arbeiterschutz keine Zeit übrig bleibt. Und die Gewerkschaften sehen gegenwärtig nach den Anordnungen des Zentralrats der russischen Gewerkschaften ihre „vornachste“ Aufgabe in der Organisierung von Schützvereinen. Die Arbeiter können verkommen. Um so leichter es es dann, die Sozialdemokraten als Verräter zu beschimpfen, weil es ihnen noch nicht gelungen ist, in den kapitalistischen Staaten alle Mißbräuche zu beseitigen.

Geheimklausel der Arbeitsminister.

Arbeitszeitdebatte im Unterhaus.

London, 13. Juli. (W.B.) Im Unterhaus wurde eine Anfrage an den Arbeitsminister gerichtet wegen der Behauptung des belgischen Delegierten Mertens auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz in Genf, daß das Londoner Abkommen von 1926 über den Achtstundentag eine geheime Klausel mit Vorbehalten betreffend die Inkraftsetzung des Washingtoner Achtstundentags enthalte. Mertens habe ferner erklärt, daß infolge dieser geheimen Klausel die hauptsächlichsten Staaten des Arbeitszeitabkommens noch nicht ratifiziert hätten. Für den Arbeitsminister stellte Betterton das Vorhandensein einer Geheimklausel in Abrede, sagte jedoch, daß ein Einvernehmen erzielt worden sei, wonach eine Liste über alle Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit von allen auf der Londoner Konferenz von 1926 vertretenen Staaten aufgestellt werden solle, um das Abkommen in Kraft zu setzen. In Beantwortung weiterer Fragen erklärte Betterton, der deutsche Delegierte habe gefordert, daß dieses Einvernehmen nicht in das Arbeitszeitabkommen eingefügt werden solle, weil eine solche Einfügung der deutschen Befehgebung vorgezogen würde. Wallhead (Lab.) fragte, ob der Vertrauensbruch, auf den der britische Delegierte bei der Arbeitskonferenz in Genf hingewiesen habe, sich auf Deutschland beziehe. Betterton erwiderte, daß dies zu weit ginge. Das Einvernehmen sei nicht in das Abkommen aufgenommen worden, weil der deutsche Delegierte die Befürchtung ausgesprochen hatte, daß dadurch das Gegenteil von dem erreicht würde, was man wünsche.

Da diese Geheimklausel nunmehr keine mehr ist, wäre es wohl angebracht, ihren Text zu veröffentlichen. Wie lauten also die Vorbehalte hinsichtlich der Arbeitszeit in der Schwerindustrie.

Die Töpfer zum Verbands- und Bundestag.

Kommunistische Anstimmigkeiten.

Die dem Baugewerksbund angehörende Fachgruppe der Berliner Töpfer nahm Dienstagsabend in den Residenzfestivals zum bevorstehenden Verbands- und Bundestag Stellung. Der Fachgruppenleiter John führte aus, daß sich der diesjährige Verbandstag vor allem für die Einheit der Organisation einsetzen müsse. Weiter werde man sich mit der Lohnpolitik zu beschäftigen haben. Aber auch der letzte Streik der Berliner Töpfer werde eine nicht untergeordnete Rolle spielen. Dann erläuterte der Redner die zu den beiden Tagungen vorliegenden Anträge.

In der Diskussion fehlten sich die Kommunisten mit aller Schärfe für die von ihnen eingebrachten Anträge ein. Den Ausführungen der kommunistischen Redner traten John und Kemnig mehrmals energisch entgegen.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, wonach auch den Erwerbslosen und Kranken bei Streiks Unterstützung vom Verband gezahlt werden soll. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der die achtstündige Arbeitszeit in allen Tarifen festgelegt wissen will. Weitere Anträge sollen die Wiederaufnahme der Arbeit in den sozialen Baubetrieben bei eventuellen Streiks regeln, sowie ein Wochenende für alle Töpfer herbeiführen. Schließlich wird noch Kampf gegen den Lebensmittelwucher und die Aufhebung des Bestätigungsrechts des Bundesvorstandes für die angestellten Funktionäre des Verbandes gefordert. Es soll auch danach gestrebt werden, die ausgeschlossenen und andere Splittergruppen wieder für die Organisation zu gewinnen. Ein anderer kommunistischer Antrag verlangt von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sie solle die Herabsetzung der Lohnsteuer herbeiführen. Das ist wiederum ein Eingeständnis der Unfähigkeit der Kommunisten.

Danach wurden die Vorschläge der Delegierten zum Verbandstag gemacht und zum Schluß die Wahl der Fachgruppenleitung vorgenommen. Ingesamt wurden 223 Stimmen abgegeben, davon entfielen auf den bisherigen Fachgruppenleiter John (KPD) 97 und auf Dreher (KPD)

119 Stimmen; sieben Stimmen waren unglücklich. Damit ist Dreher zum Fachgruppenleiter gewählt.

Dieses Ergebnis ist nicht weiter überraschend. John, ein neues Mitglied der SPD, war bei dieser unter durch von dem Tage an, als er es ablehnte, innerhalb der Organisation kommunistische Parteipolitik zu machen und die Parolen der KPD, zur Ausführung zu bringen. Weil er sich innerhalb der Gewerkschaft nur auf die Vertretung der Interessen seiner Berufskollegen beschränkte und sich an den Statuten und Beschlüssen seiner Gewerkschaft hielt, wurde ihm von der KPD, Dreher als Gegenkandidat entgegengestellt. Diefem wird es aber genau so gehen, wenn er, statt der Politik der Rüststrafe, reine Gewerkschaftspolitik betreibt — sofern er dazu fähig ist.

Die Krankenversicherung der Seeleute.

Bis zum Herbst vertagt.

Der Entwurf zur Krankenversicherung für die Seeleute, der so gut wie fertiggestellt ist, wurde, wie wir hören, nur deshalb vor den Sommerferien nicht mehr dem Reichstag vorgelegt, weil der Sozialpolitische Ausschuss erst die Arbeitslosenversicherung zum Abschluß bringen sollte. Aus dem gleichen Grunde sind auf Anweisung des Ministers auch eine Reihe anderer sozialpolitischer Entwürfe bis jetzt noch nicht dem Reichstag zugegangen.

Streik der Mannheimer Mühlenarbeiter.

Mannheim, 13. Juli. (W.B.) Der in Mannheim gestern ausgebrochene Streik in der Mühlenindustrie hat nun auch auf die Walzmühle Ludwigsbafen übergegriffen, wo die Arbeiter heute Morgen in den Streik getreten sind. In Mannheim streikt die Arbeiterchaft der Pfälzischen Mühlenwerke, der Rheinmühlenwerke, der Kaisermannsmühle und der Heymannsmühle. Der Streikbeschluss erfolgte in einer Urabstimmung am Sonntag, in der der vom Schiedsgericht gefällte Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Die Mühlenarbeiter fordern einen Wochenlohn von 53 M. gegenüber dem bisherigen von 46,54 M. Der Spruch des Schiedsgerichtes sah eine Lohnerhöhung auf 49,92 M. vor. Die übrigen Differenzen beziehen sich auf die Arbeitszeit.

Zum internationalen Gewerkschaftskongress.

Stellungnahme der holländischen Gewerkschaften.

Amsterdam, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine Vorstandskonferenz des Niederländischen Gewerkschaftsbundes sprach sich bei der Erörterung der Richtlinien für den Pariser Gewerkschaftskongress mit aller Entschiedenheit gegen die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes und gegen den österreichischen Antrag aus, der den IGB auf den Berufssekretariaten aufbauen will; die Konferenz verblieb jedoch bei dem niederländischen Antrag auf Verdoppelung der Beiträge.

Wahung! SPD-Schuhmacher! Heute ist die Wahl des Delegierten zum internationalen Kongress. Alle SPD-Kollegen geben ihre Stimme dem Kandidaten Rudolf Weiß (Dresden). Wir erwarten desgleichen, rege Propaganda für die Stichwahl zu entfalten. Es kommt auf jede einzelne Stimme an. Verjäume niemand die Wahl.

Wahung, Einigkeit! Wegen Betrags- und Lohnendifferenzen sind die Bauten der Firma Peul und Heuer aus Frankfurt a. d. O. gesperrt. In Betracht kommen die Bauten der Bauhütte Jochenborf und Mittelstraße in Tempelhof. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wollstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Wahung, SPD-Angestellte des Bezirksamts Charlottenburg! Am Freitag, 13. Juli, 20 Uhr. Bürgerkaufe, Kaiserin-Augusta-Allee 92. Wichtige Reaktionsvermittlung. Genosse Ernst Kuben leitet über „Das Arbeitsgerichtsgesetz.“ Erscheinen alle Genossen in Pflicht. Der Reaktionsvermittler.

Jugendgruppe des AdA. Heute 19¹⁵ Uhr ist folgende Veranstaltung: **Wahl Schöneberg:** Jugendheim Pappstr. 15 (Kücheningasse). **Wahltag:** „Jugend und Landern“ (Arner). — Ab 19 Uhr Spielarten auf der Spielwiese im Schillerpark, Rechenstraße, Poststraße, Ballspiel.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute 19¹⁵ Uhr lauern die Gruppen: **Reinick:** Gruppenheim Jugendheim Grünauer Str. 5. **Bertrag:** „Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte.“ — **Kreuzberg und Hermannplatz:** Ab 18 Uhr im Sozialpark, Bücherei, Heine Spielwiese, Spielabend. — **Wilmersberg:** Gruppenheim Jugendheim Parlaue 10. **Bierabend:** — **Tempelhof:** Gruppenheim Jugendheim Germaniastr. 46. **Bertrag:** „Wirtschaftsgericht.“ — **Südwest:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Fruerwehrhaus). **Bertrag:** „Berufshilfe und Gewerkschaften.“ — **Südost, Südwest:** Jugendheim Jochenborf, 11 (Johannisstraße). **Poststraße und Spielabend.** — **Wannsee:** Jugendheim Luriner Allee 20. **Bertrag:** „Bertrag.“ — **Spandauer:** Gruppenheim Rote Schule, Spandauer Straße. **Bertrag:** „Aberpflege.“ — **Spree- u. Westpark:** **Reppelplatz:** Jugendheim Luriner Allee 20. **Bertrag:** „Die deutsche Jugendbewegung.“ — **Humboldt:** Jugendheim Grünauer Allee 20. **Bertrag:** „Wahltag.“ — **Wahltag:** „Der Gewerkschaften.“ — **Wahltag:** Spielarten auf der Spielwiese. — **Reinick:** Spielarten auf dem Reppelplatz.

Bertramittel für Politik: Viktor Schiff; **Wirtschaft:** G. Klingelhöfer; **Gewerkschaftsbewegung:** A. Steiner; **Reinick:** Dr. John Schittowski; **Poststraße und Spandauer:** Fritz Karst; **Wannsee:** Th. Gluck; **Südwest:** in Berlin. **Bertrag:** Bornbrunn-Bertrag G. m. b. H., Berlin. **Deut:** Bornbrunn-Bertrag und Bertramittel Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. **Siegfried 1** Seiler und „Unterhaltung und Wissen“.

Restbestände unseres Saison-Ausverkaufs

- Herren-Sportanzüge mit Kresches oder langer Hose . . . 21⁰⁰
- Herren-Sakkoanzüge moderne Formen und Farben . . . 22⁰⁰
- Blaue Jakettanzüge für Herren . . . 32⁰⁰
- 1 Posten Manchester-Sportanzüge für Herren, ganz gelüftet . . . Serie I 29,50, Serie II 14,50, 10,50
- 4teil. Sportanzüge mit kurzer und langer Hose . . . 36⁰⁰
- Impr. Herren-Windjacken 12,50, 10, 6,50 . . . 4⁵⁰
- Impr. Damen-Windjacken 17, 14,50, 10,50 . . . 8⁵⁰
- Motorrad-Kombinationen impr. 22, 17, . . . 12⁰⁰
- Ledersportjacken braun, l. Damen 79, l. Herren . . . 69⁰⁰

Ein Posten Knabenanzüge aus farbigen Stoffen
Gr. 1-6 Serie I 6,25 Serie II 9.— Serie III 12.—
Gr. 7-10 Serie I 10,50 Serie II 14.— Serie III 18.—
Knabenanzüge v. P. 2,50 an

- Gummimäntel für Damen 13,50, für Herren . . . 9⁵⁰
- Herrenreisemäntel farb. Cheviots 36., 30., . . . 21⁰⁰
- Damenmäntel Konstaide in entzückenden Formen 13⁵⁰
- Wettermäntel impr. gelierter Stricklöden für Damen und Herren . . . 13⁵⁰
- Herrensommerhosen gran Cheviot . . . 10⁵⁰

Leichte Sommerkleidung besonders billig

- Herren-Oberhemden einfarb. m. Krag u. Klopmanaschetten, mod. Farb. . . 3⁹⁵
- Selbstbinder reine Seide, sehr elegant . . . 0⁸⁵
- Herren-Untergarnituren Jacke und Hose, eleg. Farb., Gr. 3 . . . 2⁶⁵
- Damen-Jacken reich mit Pelzimit garniert . . . 6⁵⁰
- Damen-Pullover Kostüme in reizend. Ausführ. 7,95 . . . 6⁷⁵
- Damen-Pullover ohne Arm, sehr elegant . . . 4²⁵
- Kunstseidene Damen-Unterkleider alle Farben . . . 1⁵⁰
- Kunstseidene Damen-Hemdosen sehr elegant . . . 1⁶⁵
- Reinwollener Kostüm- u. Kleiderstoff allenheimfarbig 1¹⁰

BAER SOHN & CO. N4, Chausseestr. 29/30
Untergrundbahn Stettiner Bahnhof

Durch die alte Grenzmark.



TANGERMÜNDE.

Seit einiger Zeit entwickeln die kleinen Städte der Mark Brandenburg — klein immer im Verhältnis zu Berlin — eine merkwürdige Rührigkeit. In Wirklichkeit sind es nämlich, wie etwa Cottbus, Brandenburg, Frankfurt, Prenzlau, Suben u.w., recht respektable Mittelstädte mit durchaus beachtenswerten wirtschaftlichen und kulturellen Eigenleben. Es ist, als ob sie aus einer tiefen Veräufung aufgewacht sind und sich jetzt endlich darauf besinnen, daß sie sehr wohl neben der Riesengigant Berlin bestehen können. Früher konnten und durften sie es gar nicht riskieren, sich zu rühren. Da gab es eben Berlin, und natürlich auch noch oder erst recht Potsdam, und dann war es aus. Heute, in der Republik, ist man selbstbewußter geworden in dem Maß, wie der Nimbus der „Kaiserstadt“ verblaßt ist.

Die Ostmark Urdeutschlands.

So hört man Namen wieder und wieder nennen, die man früher nur noch aus der Geographiestunde in nebeliger Erinnerung hatte, und selbst weiter entlegene Städte unternehmen es, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Auch die Altmark, politisch schon zur Provinz Sachsen gehörig, ist für uns nur ein unklarer geographischer Begriff. In ihr liegen die Städte Stendal, Gardelegen, beide an der großen Schienenstraße Berlin—Hannover, ferner Salzwedel, Tangermünde und die kleinen Seehausen und Arneburg. Dieser Altmark genannte Strich hat eine rühmensewerte Vergangenheit. Vor rund 1000 Jahren war er die deutsche Grenzmark gegen die Slaven, die in unermüdlichem zähen Kampf immer weiter zurückgedrängt wurden, über die Elbe, über die Oder, über die Weichsel. Aus der Altmark kam Bismarck, dessen ursprünglich bürgerliches Geschlecht dort heimisch war. Von Otto von Bismarck ist in der natürlich nationalen Altmark auch heute noch viel Rühmens. Allgemach kommt man nun aber doch von der seit Jahrzehnten beliebten romantischen Betrachtungsweise ab, und es interessiert den Menschen unserer Zeit weit mehr die neue und die kommende, als die alte Zeit, wiewohl nicht geleugnet werden kann, daß die alte Zeit gerade in der Altmark sich in vielen ehrenhaften Zeugnissen erhalten hat. Den Dom zu Stendal zum Beispiel nicht gesehen zu haben, ist für den norddeutschen Kunst-, Geschichts- und Altertumsfreund unvorstellbar. Derselbe Künstler aber, der der Kirche so trefflich zu dienen wußte, verstand es auch, den stolzen Willen des patrizischen Bürgertums zum Ausdruck zu bringen. Das Menglinger Tor in Stendal, das er schuf, ist ein ungewöhnlich schönes prächtiges Beispiel der niederdeutschen Backsteinarchitektur. Aber in diese Hauptstadt der Altmark, die mit ihren 30 000 Einwohnern

wirtschaftlich sehr abhängig ist von dem sie umgebenden Groß- und Mittelgrundbesitz, hat die neue Zeit ihren Einzug gehalten. Man sieht gut asphaltierte Straßen, und unermüdet grüßt uns ein wohlbekanntes Zeichen an einem geschmackvollen Fabrikgebäude: GGG. Die Hamburger Großeinlaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften hat in Stendal eine Konfektfabrik. Die von Stendal weiterführende Bahnstrecke schneidet das riesige Waldgebiet an, das sich aus Jävensther, Burgstaller, Veshinger und Kolbher Forst zusammensetzt. Gardelegen hat seinen Ruhm in unserer Zeit erworben. Ihr berühmter Sohn ist der Humorist Otto Reuter, der ober richtig Figenreutter heißt. Er hat seiner Heimatstadt die Treue bewahrt, denn dort hat er sein Ruheheim sich errichtet. Außerdem war Gardelegen im Krieg die Residenz Knüppel-Kunzes. Der Biedere war dauernd unabhkömmlich, betreute mit unvergleichlichem Heldenmut das Gardelegener Gefangenelager und hat denn auch erfolgreich die bzw. seine Stellung gehalten. Die Stadt hat ein imposantes altes Torwerk, das Salzwedeler Tor, das mit seinen vorgezogenen Rundbalkonen wie ein wuchtiges altes Werk aus Flandern ausleuchtet. Denkmäner, Böttische und Stahlhelmer haben die Vormacht in der Gemeinde, aber sie werden von unserer Partei hart bedrängt. Dafür ist der Gardelegener Landrat Buer ein aufrechter Demokrat; er hatte, als die Preße die Altmark besuchte, sein übriges recht bescheidenes Landratsamt in Schwarzrotgold flaggen lassen, und das war, mit Ausnahme von Seehausen, die einzige Reichsflagge, die man in diesem Land zu sehen bekam. Die dritte größte Stadt ist Salzwedel, und die Salzwedeler ärgern sich, daß man von ihrer Stadt nur weiß, daß in ihr die Baumtuchfabrikation ihren Sitz hat. Der Salzwedeler Turm der Marienkirche weiteilert mit seinem berühmten Kolloden in Wisa in Schiefeit. Dann aber birgt das Städtchen eine Menge köstlicher weißlicher und schwarzer Altstümer, die bei sachkundiger Führung zu einem bemerkenswerten Erlebnis sich zusammenschließen. Zwei Wässerchen, Dumme und Teeke mit Namen, „durchströmen“ in vielen Armen das Städtchen, das man mit einiger Vorsicht als altmächtiges Venedig bezeichnen könnte. Zuckerfabrik und Gärtnereien weisen auf den agrarischen Charakter der Gemeinde. Ritgends aber in der Altmark kann man einen so offenkundig lebensfrohen, genießeriichen Zug bemerken wie in Salzwedel. Aber auch hier sind, sehr zum Leidwesen des Bürgertums, eine Menge sozialistischer Hechte im kommunalen Karpfenreich.

Die sozialistische Hochburg der Altmark.

Dann ist da noch die Stadt Tangermünde, die, was die Berliner kaum wissen werden, vor nahezu 600 Jahren nahe daran war, des Deutschen Reiches Hauptstadt zu werden. Kaiser Karl IV., durch den die Stadt zu Ruhm kam und von dem bis auf den heutigen Tag sich großartige Burgenbauten erhalten haben, hatte in der Tat die Absicht, Tangermünde zur Hauptstadt des Deutschen Reiches zu machen. Außer den fächerlichen beherrschte Tangermünde aber auch eines der schönsten bürgerlichen Bauwerke, das Rathaus. Man wurzelt vor diesem wunderbaren Backsteinbau unwillkürlich fest am Boden und kann den Blick nicht losreißen. Mit unaushaltbarer Kraft aber hat die neue Zeit hier durchgehelt. Tangermünde ist eine Arbeiterstadt wie keine andere in der Altmark. Eine angelegene große Zuckerraffinerie mit Kandisfabrik und Schokoladenfabrik gibt

Hundertert Arbeit. Der Kommunismus ist trotz wirtschaftlicher Rot der Arbeiter und Arbeitslosen hier bedeutungslos. Die Stadt ist die sozialdemokratische Hochburg der Altmark.

Was ist weiter noch zu melden? Abseits liegende Städtchen wie Seehausen, Arneburg, Arneburg und Werben laden zu sommerfröhlichem und fröhlichem Verweilen ein. In dem reizenden Städtchen Arneburg haust gustav nagel, der ehrpüßig den rousseauschen Naturschwärmer mimt, aber in seinem selbstgebauten Tempel — er ist auch danach — die Schreiben der Hausmarschälle des Eckaiers mit den Gräßen Wilhelms und Herminens an die Wände geklebt hat. Rings um sein Haus wehen schwarzweihrote Fräyhngen. gustav ist so etwas wie das Schredenskind der guten Gemeinde Arneburg, die sich ehrlich bemüht, an den Verkehrsstrom angeschlossen zu werden. Der Arneburger ist in der Tat ein Idyll, an dem sich wohl sein läßt. Im alten Wasserschloß Fiedlingen, denen von Schent gehörig, konnte man mit Bewunderung feststellen, wie kunstsinigge Sammler und Besitzer seltene Gemälde, Plastiken und Kunstgewerbe zu lebendiger Einheit verbanden. Im alten wilhelminischen Jagdschloß Lehlingen aber grüßte uns die neue und die kommende Zeit. Dort befindet sich fern dem Getöse der Welt unter Leitung des Reformpädagogogen Uffrecht die Freie Schul- und Werkgemeinschaft Lehlingen. Der Leiter Uffrecht hatte den erfreulichen Mut, den Pressevertretern, die tagelang hofferli worden waren, einmal die Wahrheit zu sagen, nämlich daß es gerade die vielgerühmte Presse war, die ihm seine Arbeit durch verdrehte und entstellte Berichte unerhört erschwert hatte und die dann nicht so viel Berochigtigkeitsgefühl ausdröchte, seine Berichtigungen abzudrucken. Wie sehr Uffrecht im Recht war, lehrt ein Beitrag des Rektors Lehmann in Osterburg in der Zeitschrift „Deutsches Land“ über die Lehlinger Heide. Dieser ehrenwerte Herr schreibt: „Das Schloß wurde von einer jüdischen Gesellschaft übernommen, die in dem ehemaligen Kaiserichloß ein Erholungsheim für Kinder ihrer Religion einrichtete.“ Diesen Unstun schreibt ein Mann, der selber in der Altmark sitzt und deshalb, dann aber auch als Pädagoge wissen mußte, daß seine Worte nicht der Wirklichkeit entsprechen. Uffrecht betonte ausdrücklich in seiner Ansprache, daß auch dieses wie alle deutschen Landschaftsbeime auf die Ideen und Schulen des Dr. Lieh, des Gründers der deutschen Landschaftsbeime, zurückgeht.

Über den vielen reizvollen Städtchen und Städtchen mit ihren Schloßern, Burgen, Kirchen, Tortürmen und Rathäusern darf man aber nicht das Land vergessen, dieses ein wenig ernste und schwermüßige Land. In Arneburg, Werben und Seehausen hat man die gewaltige Ebniederung, die Wäse vor sich, südlich von Stendal und Gardelegen unermessliche Forsten. Alles andere ist Acker- und Weideland, guter, zum Teil fruchtbarer Boden. In der Wäse gibt es Striche, die man jahrelang nicht zu düngen braucht.

Der ungemein rührige und geschäft arbeitende Altmarkliche Verkehrsverband in Stendal, der die Altmark dem Touristen, Fremden, Wanderer- und Wochenendverkehr erschließen möchte, verdient alle Unterstützung der reise- und wanderlustigen Berliner. Der Verein hat sich bereit erklärt, jeden, der sich näher unterrichten will, zu beraten. Nur hätte die Reichsbahn ein übriges zu tun und im Benehmen mit den vielen Kleinbahnen, die

Die Silberschwärme

Von Rex Beach

[Nachdruck verboten]

Katastrophe Uebersetzung aus dem Englischen von Julia Koppelt

„Hast du gesehen?“ rief Frazer. „Großer Gott, es war eine Frau! Ein weiße Frau.“
„Unsinn“, sagte Emerson, „es muß ein Mischling gewesen sein.“

„Mischlinge haben kein blondes Haar“, erklärte der andere. Schnell spannten sie jetzt die befreiten Hunde wieder vor den Schlitten und peilschten auf sie ein, bis sie davonliefen. Sie fühlten eine tödliche Kälte in ihren Knochen, und statt zu fahren, liefen sie neben dem Schlitten her, bis das Blut in ihren Adern kloppte. Ihre äußeren Kleidungsstücke waren hart wie Schalen, ihr Unterzeug war durchweicht, und obgleich sie sich nur mühsam bewegen konnten, wagten sie sich keinen Augenblick Ruhe zu gönnen.

Zehn Minuten später hatten sie das Flußufer erreicht und fuhren an einigen großen öden Gebäuden vorbei, die undeutlich durch den Schnee auftauchten. Sie steuerten auf eine Hütte zu, aus deren Schornstein sie Rauchwolken in die Höhe steigen sahen. Die Hunde bellten, und ihr Gebell wurde von vielen anderen ringsum aus den Wohnhöhlen beantwortet. Die beiden Männer waren jetzt ganz erschöpft und konnten sich nur noch mühsam vorwärtsbewegen. Noch eine Viertelmeile und sie wären verloren gewesen.

„Geh' ins Haus und sage dem Besitzer, daß wir durchnäht sind, ich will inzwischen die Hunde ausspannen.“

Nachdem Frazer im Hause verschwunden war, wollte Emerson den Hund das Zaumzeug abnehmen, es war aber an ihren Hals festgefroren. Die Knoten und Spongen waren zu Eisklumpen gefroren, darum schnitt er sie durch. Darauf löste er die Riemen, die um den Schlitten geschnürt waren, nahm die durchweichten Schlafsäcke und ging damit zum Hause. Der erste Gedanke des Reisenden gilt seinen Hunden, der zweite seinem Bettzeug.

Bevor er noch die Tür der Hütte erreicht hatte, wurde diese geöffnet, und Frazer erschien mit einem selbst erstaunten Ausdruck auf der Schwelle. Ihm folgte ein großer Mann mit einem groben und griesgrämigen Gesichtsausdruck.

„Wir können hier nicht bleiben“, sagte Frazer, „der Mann will uns nicht aufnehmen.“ Emerson blieb stehen und vergaß vor Staunen die Kälte.

„Was ist denn los, ist jemand krank?“
„Ich weiß nicht. Dieser Mann sagt nichts anderes als: „Nir.““

Der Mann, offenbar ein Angestellter der Zuckerkonfektfabrik, nickte und brummte: „Ich habe kein Zimmer.“

„Mensch, begreifen Sie denn nicht, daß wir nah sind; wir sind durchs Eis gebrochen. Ein Zimmer brauchen Sie uns nicht zu geben, wir können uns auf andere Weise helfen.“ Emerson wollte mit den Schlafsäcken, die er zusammengerollt unter dem Arm trug, ins Haus gehen; der Mann aber stand unbeweglich und verweigerte ihm den Zutritt.

„Ihr könnt nicht hier einkehren, Ihr kommt zu anderem Haus, dreiviertel Meilen von hier.“

Auf diese Worte aber nahm Emerson ganz und gar keine Rücksicht; er machte einige Schritte, warf sein Bündel über die Schulter und hielt es so, daß es dem Aufseher geradenwegs ins Gesicht stieß. Dieser zog sich unwillkürlich zurück, worauf der unwillkommene Gast sich an ihm vorbeibohrte und den ungestaltlichen Wirt lachend beiseite schob; in seinem Lachen aber war ein gefährlicher, metallischer Klang. Durch seine rasche Handlung hatte er sich Zutritt verschafft, und Frazer folgte ihm auf den Fersen in das Zimmer, wo eine breitnastige „Squaw“ sich zurückzog. Emerson warf seine Last auf den Boden und sagte befehlend zu ihr: „Leg mehr Holz auf das Feuer und gib uns etwas zu essen, aber schnell!“ Und indem er sich an den Besitzer des Hauses wandte, der hinter ihnen hereingeschlendert war, sagte er, ohne auf die bössartige Miene des Burischen zu achten: „Hier ist ja Nichts genug, mein Freund! Wir bezahlen gut! Sei so freundlich und schaff mehr Holz herbei, wir sind bis auf die Knochen erfroren.“ Seiner freundlichen, aber befehlenden Stimme konnte so leicht niemand widerstehen, und der Mann gehorchte verdrießlich. Die beiden Reisenden entledigten sich ihrer äußeren Bekleidung, und im nächsten Augenblick hing der kleine Raum voll von dampfenden Kleidungsstücken. Sie nahmen das Haus in Besitz und kommandierten den Hausherrn und seine „Squaw“, bis das Paar sich in den Nebenraum zurückzog und mit leiser Stimme zusammen sprach.

Frazer, der den Mann beobachtet hatte, sagte jetzt zu Emerson: „Was fehlt dem Esel eigentlich?“

Bond Emerson antwortete und seine Stimme klang jetzt alles andere als freundlich: „Ich habe in meinem Leben noch nicht gehört, daß man stierenden Menschen Obdach verweigert. Dahinter steckt etwas. Ich wünsche keinen Streit, aber —“

Im selben Augenblick wurde die Tür zum Nebenraum

geöffnet, und der Mann erschien wieder. Offenbar hatte sein langsam arbeitendes Gehirn einen Entschluß gefaßt. „Ihr könnt nicht bleiben“, sagte er, „ich habe meine Befehle.“ Emerson stand vor dem Feuer, rieb emsig seine erstarrten Arme und antwortete nicht. Da auch Frazer den Mann ignorierte, wiederholte dieser seine Worte, diesmal lauter.

„Heraus aus meinem Haus, sofort!“

Sowohl Emerson wie Frazer fuhren fort, ihm den Rücken zuzukehren und ihn zu ignorieren, jetzt aber ging der Mann mit schweren Schritten auf sie zu und drohte ihnen mit grober, heiserer Stimme, die vor Wut bebte: „Zum Teufel, ich werfe euch hinaus!“

Er beugte sich herab, nahm die Kleidungsstücke, die ihm am nächsten lagen, und ging zur Tür; bevor er aber seine Drohung ausführen konnte, hatte Emerson sich mit der Geschwindigkeit eines Eichhörnchens herumgedreht, seine tief liegenden Augen waren dunkel vor Zorn. Er packte seinen Wirt im Nacken und schleuderte ihn so heftig zurück, daß die nassen Kleidungsstücke nach allen Seiten auf den Fußboden flogen und der Mann ein Gebrüll ausstieß. Emerson aber schlug ihm mit der offenen Hand so heftig auf den Mund, daß er schwankte und gegen die Wand fiel. Der Mann wollte sich auf ihn stürzen, Emerson aber schleuderte ihn von sich, und indem er wieder auf die Feuerstatt zuging, sagte er: „Bisher habe ich nur mit dir gespielt — aber hüte dich!“

„Heraus aus meinem Haus, ich habe meine Befehle“, rief der Mann wild und wollte sich wieder auf Emerson stürzen. Jetzt aber verlor Emerson die Geduld, es war, als ob ihn die mühsam erkämpfte Selbstbeherrschung vieler Wochen verließ. Mit einem einzigen Schlage streckte er den Mann zu Boden. Die „Squaw“ in der Türöffnung schrie laut auf. Emerson schloß wie sein Opfer bis an die Türschwelle, riß die Tür auf und ließ ihn mit den Füßen in den Schnee hinaus, verriegelte die Tür und lehrte zu der Wärme des Herdes zurück. Sein Gesicht war verzerrt und seine Lippen bebten.

Frazer sah ihn an, als ob er ihn zum erstenmal sähe, und sagte darauf gedehnt und mit einem schlaun Auslachen: „Sanft bist du nicht, das kann man nicht behaupten. Das hätte ich dir nicht zugetraut.“

Als Emerson nicht antwortete, zog er eine Pfeife aus seinem dampfenden „Macinaw“ und füllte sie aus einer Tabakdose, die auf der Fensterbank stand, lehnte sich in seinen Stuhl zurück, legte die Füße auf den Tisch, leuzte voller Behagen und murmelte: „Ich kann solche heftigen Szenen nicht vertragen, sie gehen mir auf die Nerven.“

(Fortsetzung folgt.)

das Gebiet durchziehen, einen Wochenend-Schnellverkehr zu organisieren. Uebrigens soll nicht unermert bleiben, daß die Pressefahrt, der diese hier wiederbegebenen Eindrücke zu verdanken sind, nicht weniger als drei Landräte mitmachte, die sich in anerkannter Wert lebenswürdiger und bereitwilliger Weise um die Aufklärung über ihre Landkreise bemühten. Wann wäre ein so erfreulich zeitgemäher Konnex oberster Beamten mit der Presse in der Zeit der Könige von Preußen möglich gewesen? Dem Schönheits- und wissenschaftlichen Sozialisten und Proletarier aber geziemt es, sich auch um dieses annoch unbekannte Stück Deutschland, das vor tausend Jahren Urdeutschlands Ostmark war, zu bemühen, um es kennen und auch lieben zu lernen.

Der Mord am Arnswalder Platz. Das Geständnis des Täters.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde der Mörder der Elisabeth Stangierski, der Former Oppenkowski, im Beisein des Polizeipräsidenten Dr. Weiß und des stellv. Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsrat Scholz, von den Kriminalkommissaren Johannes Müller und Lipitz eingehend verhört.

Oppenkowski ist völlig niedergebrosen und erklärt, daß er sich aller Einzelheiten nicht mehr entsinnen könne. In der kritischen Nacht hatte er mit einem Bekannten mehrere Laternen aufgeschaltet und reichlich getrunken. Sein Freund trennte sich dann von ihm, und Oppenkowski, der damals noch in der Waldenberger Straße wohnte, machte sich ebenfalls auf den Heimweg. Am Arnswalder Platz hörte er ein Geräusch im Gebüsch, trat hinzu und entdeckte ein Liebespaar. Der junge Mann machte sich eilig davon, während das Mädchen — es war Elisabeth Stangierski — unter Tränen erzählte, daß sie vergewaltigt sei. Oppenkowski redete ihr gut zu. Als Oppenkowski zu dem Mädchen zurückkehrte, wehrte sie sich nicht. Zu seinem größten Entsetzen mußte er dann feststellen, daß das Mädchen regungslos dalag. Alle seine Versuche, sie ins Leben zurückzurufen, blieben ohne Erfolg. Voll Angst nahm er die Handtasche der Toten und ging, so schnell er konnte, davon. Die Tasche enthielt außer einer unechten Halskette und 28 Pfennigen ein Schlüsselbund. In seiner Wohnung versteckte er die Schlüssel im Kleiderschrank. Am nächsten Morgen warf er auf der Janowibridge die Tasche in die Spree. Aus welchem Grunde er die Schlüssel herausgenommen und nicht mit befördert hat, ist ihm selbst ein Rätsel. Die Trunkenheit hatte ihn, wie er erklärt, in der verhängnisvollen Nacht jeder klaren Ueberlegung beraubt.

Die Steglitzer Schülertragödie.

Paul Kranz des zweifachen Mordes verdächtigt.

Auf Antrag des Oberstaatsanwalts beim Landgericht II ist gestern gegen den Schüler Paul Kranz die Voruntersuchung eröffnet worden, und der Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Brunsbach, ist mit deren Führung beauftragt worden. Die Eröffnung der Voruntersuchung gegen Kranz ist erfolgt wegen des Verdachtes des gemeinschaftlichen Mordes an dem Hochschülerling Hans Stephan, den er zusammen mit dem toten Schüler Günther Schöller begangen haben soll.

Im Auftrage des Kaufmanns Otto Schöller, des Vaters, hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt bei der Staatsanwaltschaft beantragt, gegen Kranz die Voruntersuchung auch wegen Mordes an Günther Schöller auszuweiten. In einem umfangreichen Schriftsatz wird begründet, daß Günther Schöller unmöglich Selbstmord verübt haben könne. Die Schüsse sind in ganz kurzer Reihenfolge hintereinander erfolgt, so daß es unmöglich erscheint, daß Günther Schöller, wie es Kranz darstellt, in der raschen Reihenfolge erst die beiden Schüsse auf Stephan abgegeben und dann sich selbst getötet haben kann. Weiterhin wird behauptet, daß Günther Schöller linkschänder war, und daß nach dem Obduktionsbefund der Schuß sich in der rechten Schläfe befindet. Hinzu kommt noch, daß Günther Schöller ohne Maske nicht gehen konnte, daß aber an jenem Tage seine Brille in der Wohnung in Mahlow sich befand. Daraus wird geschlossen, daß Günther Schöller gar nicht imstande gewesen wäre, ohne Maske richtig zu zielen. Im Widerspruch mit der Darstellung von Kranz soll auch eine Hildegard Schöller gegenüber getane Zeuherung stehen: „Das war ein guter Schuß.“ Für den Vater des Schöller hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt seine Zulassung als Nebenkläger in dem Verfahren gegen Kranz beantragt, da in den Worten Kranz', daß noch zwei Augen im Lauf des Revolvers steckten, eine Bedrohung der minderjährigen Hildegard zu sehen sei. Es ist ferner noch von dem Eltern des toten Schöllers gegen Kranz Strafantrag wegen Beschimpfung des Günther Schöller durch die Beschuldigung, der Mörder des Stephan zu sein, gestellt worden. Auch nach dieser Richtung hin hat der Rechtsbeistand die Ausdehnung der Voruntersuchung gegen Kranz beantragt. Gestern mittags sollte der von dem Verteidiger des Kranz, Rechtsanwalt Dr. Frey, beantragte mündliche Hörführungstermin stattfinden. Durch die neue Wendung und insbesondere die Eröffnung der Voruntersuchung wurde dieser Termin in letzter Stunde aufgehoben.

Wer war der Vater?

Ein nicht alltäglicher Meineidsprozeß.

Eines Tages wurde die 20jährige H. Mutter eines unehelichen Kindes. Als Vater bezeichnete sie den Arbeiter A. Dieser bestritt aber vor Gericht, Vater des Kindes zu sein; der Verkehr mit der H., behauptete er, habe vor der in Frage kommenden Zeit stattgefunden. Die junge Mutter beschwor, daß er doch der Vater sei. Auch der 20jährige Schweizer K., der vom Beklagten als mutmaßlicher Vater angegeben war, bezeugte unter Eid, nie mit der H. verkehrt zu haben. K. wurde darauf zur Unterhaltszahlung verurteilt. Einige Zeit darauf heiratete er. Als die Ehe kinderlos blieb, ließ sich das junge Paar ärztlich untersuchen. Es ergab sich, daß die junge Frau wohl Mutter werden konnte, der junge Mann aber unfähig war, sie Vater zu werden. Also konnte er auch nicht Vater des Kindes sein, für dessen Unterhalt er laut Gerichtsurteil sorgen mußte. Die H. hatte, wie es schien, falsch geschworen; jemand anders mußte Vater ihres Kindes sein. Allem Anscheine nach niemand anders als K., der im Alimentenprozeß geschworen hatte, daß er nie mit der H. verkehrt habe.

Die junge Frau K. erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft; so mußten sich die H. wie auch der 20jährige K. vor dem Landgericht II wegen Meineids verantworten. Die Verhandlung ergab nicht mit vollkommener Klarheit, ob K. in der fraglichen Zeit mit der H. verkehrt habe. Dagegen gab die Angeklagte zu, daß sie gerade um diese Zeit zwar nicht mit ihrem Mitangeklagten K., dagegen aber mit dessen Bruder einmal verkehrt hatte. Das Gutachten des Sach-

Die Ursachen der sächsischen Katastrophe

77 Brücken und 30 Häuser zerstört.

Ueber die Entstehung der Hochwasserkatastrophe in der Nacht vom 8. zum 9. d. M. teilte Ministerpräsident Heide in seiner gestrigen Rede im Zwischenausschuß des Landtages unter anderem folgendes mit: Die Infolge der Gewitter und Wolkenbrüche auf dem Gebirgskamm niedergegangenen ungeheuren Wassermassen kamen in zwei unmittelbar aufeinander folgenden Perioden zu Tal, so daß auf die kleinere Vorwelle die Katastrophewelle aufsetzte. Ein Hochwasserdienst mußte also vollkommen versagen. Da bereits im Oberlauf die Hochflut alle Holzstämme mitgeschwemmt, wurden hierdurch an Brücken und engen Stellen Verletzungen und Anstauungen erzeugt. Beim Durchbruch dieser Verletzungen, welche Staufen bis zu acht Meter Höhe bildeten, ergoß sich die vielfach verstärkte Flut weiter ins Tal, alles mit sich reisend. Dieser Vorgang wiederholte sich katastrophal immer wieder, wodurch sich die Schwere der Katastrophe erklärte, die alles bisher Erlebte in den Schatten stellt. Im Müglitztal sind 27, auf den anderen Bahnhinien neun Eisenbahnbrücken weggeschwemmt worden. Außerdem im Müglitztal 31, im Gottscheetal zehn sonstige Brücken. Die Stadt Berggießhübel ist längs der Gottsche und der Staatsstraße vollständig vernichtet.

Ferner gab der Ministerpräsident eine kurze Schilderung der Lage im Unwettergebiet. Etwa 30 Häuser seien gänzlich verschwunden und über hundert in einem solchen Zustande, daß sie abgebrochen werden müßten. Es sei zu hoffen, daß die Wiederaufbauarbeiten in etwa 12 bis 14 Tagen soweit gefördert würden, daß ein Reiseverkehr auf den zerstörten Straßen wieder aufgenommen werden könnte und die Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Telefonanlagen sowie die Verbindungen zwischen den einzelnen Ortsschaften wieder hergestellt sein würden. Er teilte ferner mit, daß aus staatlichen Mitteln sofort 266 000 M. zur Verfügung gestellt wurden. Das Reich habe 15 Millionen bewilligt. Außerdem sei eine großzügige private Sammlung eingeleitet worden, die im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zentralisiert sei. Der Ministerpräsident gab ferner bekannt, daß die sächsische Regierung heute beschlossen habe, weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, und bat den Ausschuß um seine Zustimmung. In der Aussprache wurde u. a. auch die Frage der

Notwendigkeit von Talperrern

erörtert, jedoch dürfe man nicht alles Heil von den Talperrern erwarten. Bei dem Wiederaufbau müsse dafür gesorgt werden, daß die Brücken und Wehre leistungs- und widerstandsfähig hergestellt und daß die Häuser nicht so nahe an das Flußbett herangelegt würden. Bei der ganzen Katastrophe handele es sich um eine Angelegenheit, welche die Hilfskraft des sächsischen Staates weit übersteige. Hier müsse unbedingt das Reich eingreifen.

Ministerpräsident Heide teilte dann noch mit, daß gestern der Reichsmehrminister Dr. Gehler und drei Reichskommissare aus Berlin im Unwettergebiet eingetroffen seien. Sie würden die Schäden besichtigen, um Unterlagen für ein Eingreifen des Reiches zu gewinnen.

Bestattung der letzten Opfer.

Dresden, 13. Juli. (WZ.) Im Müglitz- und Gottschebale sind weitere Tote nicht mehr gefunden worden.

verständnis Dr. Frankel ließ keinen Zweifel über die Zeugungsunfähigkeit des A. Aus dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Dyrnschuh ging hervor, daß die Angeklagte in hohem Grade schwachsinzig ist. Er ließ durchblicken, daß erst eine nochmalige Untersuchung Klarheit zu schaffen imstande wäre, ob nicht der § 51 für sie in Betracht käme.

Rum kam die unerwartete Wendung: der Staatsanwalt selbst plädierte auf Freispruch. Die Angeklagte, erklärte er, habe eigentlich nie behauptet, daß sie in der fraglichen Zeit mit niemand anders als mit A. verkehrt habe. In der Zeit könnte sich aber A. irren. Sie habe auch mit ihm verkehrt haben können. Das Gericht sprach beide Angeklagte frei.

Damit ist die Angelegenheit jedoch nicht abgeschlossen. A. wird aus dem ärztlichen Gutachten die Wiederaufnahme des Zivilprozesses beantragen müssen, um von der Verpflichtung der Alimentenzahlung befreit zu werden. Er kann vom Glück im Unglück sprechen; denn wäre hier nicht der verhältnismäßig letzte Fall der Zeugungsunfähigkeit gegeben, so wäre er außerstande gewesen, den Nachweis zu führen, daß er nicht der Vater des Kindes ist, und hätte jahrelang für das fremde Kind aufkommen müssen. Die Erfahrungstatsache, daß Mädchen leichtfertig in der Bestimmung der Väter ihrer unehelichen Kinder sind, hat hier durch ein eklatantes Beispiel neue Bestätigung gefunden.

Der Unglücksfall auf der „Schlenke“.

Lehrer David in zweiter Instanz freigesprochen.

Mit dem traurigen Unglücksfall vom 25. Februar dieses Jahres, bei dem drei Freienwalder Schüler anlässlich eines Turnmarsches beim Schlitzschlüssen auf der Schlenke, einem Gewässer bei Freienwalde a. d. Oder, den Tod gefunden hatten, beschäftigte sich gestern in zweiter Instanz die Strafkammer Eberswalde. Lehrer David hatte den Schülern das Schlitzschlüssen auf der Schlenke erlaubt, obwohl starkes Tauwetter eingetreten war. Ein Schüler war eingebrochen, und bei dem Rettungswert versanken zwei Schüler in dem moorigen Untergrunde. Vor dem Schöffengericht hatte der Staatsanwalt ein Jahr Gefängnis beantragt, das Gericht hatte den Lehrer aber zu 600 M. Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Gegen das Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Der Staatsanwalt betonte, daß der Angeklagte fahrlässig gehandelt hat, weil er ein gefährliches Moorloch für eine harmlose Wiese gehalten habe. Die Strafkammer schloß sich aber der Darlegung von Rechtsanwalt Müller-Stromeyer an, daß die gesamte Freienwalder Bevölkerung einschließlich des Bürgermeisters und sämtlicher Lehrer sich in demselben verhängnisvollen Irrtum besunden haben, daß die Schlenke ungefährlich sei.

so daß man annehmen kann, daß die Zahl von 145 die endgültige Totenziffer ist. Die Wiederherstellungsarbeiten, für die zwei Jahre vorgezogen sind, werden nach einem Generalbebauungsplan durchgeführt werden. Die letzten Opfer der Katastrophe wurden am Mittwoch beerdigt. Zur Seuchenbekämpfung im Hochwassergebiet hat der Staatskommissar einen Regierungsmedizinbeamten mit der Wahrnehmung der allgemeinen Gesundheitspflege im Ueberflutungsgebiet beauftragt.

Die Hilfsaktion für Sachsen.

WZ. meldet: Auf zahlreiche Anfragen teilt die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 62, mit, daß die Sendung von Kleidungsstücken und halbwaren Lebensmittel für die Opfer der sächsischen Hochwasserkatastrophe dringend erwünscht ist. Es wird gebeten, derartige Spenden unmittelbar an das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Dresden-N. 6, Düppelstr. 1, zu senden.

Die zur Verfügung gestellten Reichs- und Staatsmittel können selbst zur Bänderung der ersten Not nicht ausreichen, da der Gesamtschaden auf 90 bis 100 Millionen Reichsmark geschätzt wird. Die Deutsche Nothilfe bittet erneut jeden, der die erschütternden Berichte aus dem Unglücksgebiet gelesen hat, nach seinen Kräften dazu beizutragen, den von der Katastrophe Betroffenen zu helfen.

Schwere Unwetter auch in Schlesien.

Breslau, 13. Juli. (WZ.) Die Unwetter der vergangenen Tage haben, wie sich erst nachträglich ergibt, abgesehen von Verheerungen im Riesengebirge, auch sonst in der Provinz viel Unheil durch Blitzschläge, Hagelschauer und Wolkenbrüche angerichtet. Auch Menschenleben fielen ihnen zum Opfer. U. a. fuhr in Herrnsdorf ein Bliz in einen Heumwagen, tötete einen Knaben und betäubte den Besizer. An anderer Stelle wurde der Fahrer einer Heummaschine vom Bliz schwer verletzt. Ein Ofenheizermeister aus Annaberg wurde vom Bliz erschlagen, als er in einem Neubau einen Ofen legte. Heute ging in den Vormittagstunden über Breslau ein außerordentlich heftiges wolkenbruchartiges Gewitter nieder, das durch Ueberflutungen teilweise beträchtlichen Schaden anrichtete.

Wolkenbrüche im Rheinland.

Köln, 13. Juli. (WZ.) In der vergangenen Nacht ging über Heinsberg und Umgebung ein Wolkenbruch nieder, von dem besonders die Ortsschaften Uffhoven, Paffeld und Straeten heimgesucht wurden. In Uffhoven mußten mehrere Häuser wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Menschen sind nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen nicht zu Schaden gekommen.

Kein Verfahren im Harzbahnunglück?

Halberstadt, 13. Juli. (WZ.) Zu den Nachrichten, daß die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in der Angelegenheit des Harzbahnunglücks eingeleitet habe, wird mitgeteilt, daß es sich nur um die in solchen Fällen üblichen Ermittlungen handelt, ob ein Vorverfahren einzuleiten ist. Man neigt jedoch zu der Ansicht, daß es sich lediglich um eine Naturkatastrophe handelt und ein persönliches Verschulden nicht in Frage kommen dürfte.

Der Haushaltsplan angenommen.

Für 35 Millionen Ausgaben aus Anleihemitteln zurückgestellt.

Der Magistrat hat den von der Stadtverordnetenversammlung zum Haushalt 1927 beschlossenen Änderungen zugestimmt und den Haushaltsplan endgültig verabschiedet. Die Beschlußfassung über die Freigabe der Mittel für die außerordentliche Verwaltung war ausgefallen, und einem Magistratsausschuß zur Prüfung überwiesen worden. Diese Frage ist nunmehr, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, in der gestrigen Sitzung des Magistrats eingehend behandelt worden. Nach einem Bericht des Kommittees über die voraussichtliche Entwicklung der Haushaltswirtschaft stimmte der Magistrat seinen vom Ausschuss geprüften Vorschlägen zu, nach welchen eine größere Anzahl von Ausgaben der außerordentlichen Verwaltung vorläufig zurückgestellt werden. Diese Maßnahme sei nötig aus Gründen einer gesunden Finanzwirtschaft, weil unbedingt vermieden werden müsse, daß die schwebenden Schulden der Stadt im Laufe des Jahres zu sehr anwachsen und der Stadt bei irgendwelchen unvorhergesehenen Veränderungen im allgemeinen Geldmarkt Schwierigkeiten entstehen. Von entscheidendem Einfluß war dabei auch die Kürzung der englischen Anleihe der Stadt Berlin durch die Beratungsstelle um 30 Millionen. Die Ausgaben sind nicht endgültig gestrichen worden. Wenn sich nach Verlauf von 2 bis 3 Monaten je nach der weiteren Entwicklung des allgemeinen Geldmarktes übersehen läßt, ob und in welchem Umfang Anleihebeträge im In- oder Auslande aufgenommen werden können, wird der Magistrat erneut zur Freigabe der jetzt zurückgestellten Ausgaben beauftragt Stellung nehmen. Die zurückgestellten Ausgaben betragen im ganzen rund 35 Millionen und verteilen sich auf die meisten großen Verwaltungszweige. Sie betreffen außer einigen Verwaltungsgebäuden verschiedene Bauten an Schulen und Krankenanstalten, Brücken- und Straßenbauten, Bauten der Stadtentwässerung usw. Von den Schnellbahnbauten sind die Verlängerung über die Station Nordring hinaus und der Bau der Strecke vom Stadion bis zur Heerstraße vorläufig zurückgestellt. Es handelt sich in allen Fällen um Bauten, die noch nicht begonnen sind. Die Mittel für die Fortsetzung bereits vorgeschrittener Bauten, sowie für die Ausgaben, die aus anderen Gründen unaufschiebbar sind, sind freigegeben.

Henko

Wassch- und Bleich-Soda

macht hartes Wasser weich!

Auf der Suche nach dem Denkmalschänder.

Eine genaue Beschreibung.

Zu der Befundung des Denksteins an der Christuskirche erfahren wir, daß die Personalbeschreibung des mutmaßlichen Täterers eine wichtige Ergänzung gefunden hat. Ein Kraftfahrzeugführer sah in der fraglichen Nacht in einer Haustürschwelle des Grundstücks Könnigsgraber Str. 95 einen jungen Mann stehen, der ihm verdächtig vorkam. Der Fremde war etwa 20-25 Jahre alt, hatte blondes, glatt nach hinten gelämmtes Haar, ein blaßes Gesicht und trug ein farbiges Sporthemd und eine bastfarbene Hose. Dem Chauffeur fiel besonders seine krumme und nachlässige Körperhaltung auf. Als er am nächsten Tage von der Besichtigung erfuhr, begab er sich sofort zur Kriminalpolizei. Noch nicht gemeldet hat sich dagegen der Chauffeur, der nach Aussage anderer Zeugen den jungen Mann mit der grünen Krüge nach dem Halleischen Tore zu fuhr. Er wird nochmals erfragt, sich auf dem Polizeiamt Kreuzberg am Belle-Alliance-Platz 6 bei Kriminaloberinspektor Klinghammer zu melden.

Die Juwelendiebe vor Gericht.

Schwerverbrecher unter sich.

Wir berichteten feinerzeit über die internationalen Juwelendiebe, die im Geschäft von Rosenthal in der Friedrichstraße eingedrungen waren. Die beiden Verhafteten Reiz und Schwarz hatten sich nun gestern wegen der Teilnahme an dem Verbrechen zu verantworten.

Reiz und Schwarz wollten sich beide nicht kennen und bestritten ihre Schuld. Reiz gab nur zu, daß Gerlat ihn aufgefordert hätte, mitzumachen; er habe aber abgelehnt, da er krank war. Bei Schuberthmann habe er gewohnt und Gerlat war auch da. Diese beiden sind inzwischen nach Afrika geflohen. Morgens um 5 Uhr gingen sie abermals weg und kamen erst abends wieder mit zwei bidgefüllten Altkemappen. Wo sie gewesen sind, haben sie nicht gesagt. Ich hatte auch kein Interesse zu fragen. Vor: Erregten zwei Altkemappen mit Gold und Silber nicht Ihre Neugierde? Anzell: Nein. Vor: Haben Sie nicht etwas abbekommen? Anzell: Ich sollte Schweigen bewahren und die Hälfte abbekommen. Vor: Was wurde nun aus der Sore? Anzell: Die hat ein gewisser Scheider an einem Juwelier für 3500 Dollar verkauft.

Zunächst wurde als Zeuge eine „große Kanone“ aus der Verbrechergunst der Schlosser Karl Fischer, aufgerufen, der wegen Einbruchs bereits abgeurteilt ist. Als er gefragt wurde, ob er Reiz kenne, setzte er sich einen Kneifer auf, schüttelte den Kopf und erklärte: Ich kann mich nicht erinnern. Vor: Kennen Sie den Angeklagten wirklich nicht? Er hieß doch immer Wolsche. Zeuge: Man kennt so viele Wolsches in der Grenadierstraße. (Heiterkeit.) Anders war es mit der Aussage des Zeugen Karl Wilsch, der beide Angeklagte schwer belastete. Dieser verhältnismäßig noch junge Mann büßt gegenwärtig eine fast fünfjährige Gefängnisstrafe ab wegen zehn Fällen von Einbruchdiebstahl. Mit Stolz bezeichnete er sich als den Mann, der immer durch Decken und Wände geht. Deshalb sollte er auch in diesem Falle mitmachen. Ebenso ein gewisser Ehardt, der den Namen „Dollbrägenkarl“ führt. Reiz und Gerlat hätten ihn zur „Befähigung“ eines Nachts mitgenommen. Nachher sagte Gerlat: Das Geschäft passiert richtig, ohne dir machen wir es aber nicht. Der Zeuge ist dann müde geworden, daß Reiz und Gerlat ihr „Chrenwort“ gebrochen und das Geschäft allein gemacht haben.

Die Rechtsanwälte Dr. Herbert Fuchs und Dr. Buppe bezeugten die Angaben des Wilsch als einen Raueffekt und hielten eine Beurteilung auf ein derartiges Zeugenmaterial für nicht für angängig. Das Schöffengericht konnte sich nicht entscheiden, allein auf die Beschuldigung eines gewerbsmäßigen Einbrechers, der selbst unter dem Verdacht der Teilnahme steht, zu einer Beurteilung zu kommen. Mangels ausreichenden Beweises wurden die Angeklagten daher freigesprochen. Der Haftbefehl gegen Reiz, der inzwischen seine Zuchthausstrafe verbüßt hat, wurde aufgehoben.

Schulfestern am Verfassungstag.

Wie der Anstliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat im Rahmen der kürzlich vom Preussischen Staatsministerium erlassenen Bestimmungen Kultusminister Dr. Becker angeordnet, daß an den preussischen Schulen am Verfassungstage schulfest ist. Am Verfassungstage sind Schulfestern zu veranstalten, bei denen die geschichtliche Bedeutung des Tages gewürdigt wird. Den einzelnen Schulen ist volle Freiheit bei der Ausgestaltung der Festern im einzelnen gelassen, doch erwartet der Minister, daß alles getan wird, um den inneren Gehalt und den äußeren Rahmen der Schulfestern würdig zu gestalten und die hervorragende Bedeutung des Tages den Schülern nahezubringen.

Am Sonnabend wieder Wochenendfahrten.

Die beiden Wochenendsonderzüge an die Ostsee und in den Harz, die die Reichsbahndirektion Berlin jetzt bis auf weiteres regelmäßig verkehren läßt, fahren auch an diesem Sonnabend wieder zur gewohnten Zeit am Sonnabend nachmittags vom Stettiner bzw. vom Potsdamer Bahnhof (nicht, wie vergangene Woche, von der Stadtbahn aus) ab. Die Züge führen die 2. bis 4. Wagenklasse. Die Fahrpreismäßigung beträgt 33% Prozent. Zu dem Sonderzuge nach dem Harz werden Fahrkarten ausgegeben

nach: Quedlinburg, Lhale, Gernrode, Merisbad, Blankenburg (Harz), Elbingerode, Rübland, Lanna, Wernigerode, Jsenburg, Schierke, Glend, Bennedenstein, Sorge, Bad Harzburg, Goslar; zu dem Sonderzuge nach der Ostsee nach: Swinemünde Hauptbahnhof oder Bad, Ahlbeck Seebad, Heringsdorf Seebad, Bansin Seebad, Uckeritz, Ralswiek, Roserow, Jempin, Zimnowitz, Carlsbagen-Trassenheide, Binz, Sellin, Gähren, Lauterbach, Söhrig, Dingst und Perrow. Die Fahrkarten werden bei den Fahrkartenausgaben Potsdamer bzw. Stettiner Bahnhof und den bekannten Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus verkauft.

„Ich bin Wohnungseindbrecher!“

Er will aber nur ein Glas Wasser.

Mit dem Schrecken davongekommen sind gestern nachmittags zwei Damen in der Großbeerenstraße 17a. Hier wohnt im ersten Stock eine flehzigjährige Frau mit ihrer Tochter. Diese hörte gegen 1 Uhr, daß jemand sich an der Tür zu schaffen machte. Sie trat auf den Korridor hinaus und sah sich zu ihrem Schrecken einem Mann gegenüber, der sie packte und sagte: „Selen Sie ganz ruhig, ich bin Wohnungseindbrecher!“ Die Mutter, die ebenfalls hinauskam, wurde mit Erschießen bedroht, wenn sie um Hilfe rufe. Noch einem jachoverständigen Umblid erklärte dann der Mann: „Ich lebe, daß Sie nicht viel besitzen, so will ich Ihnen nichts nehmen, aber bitte, geben Sie mir ein Glas Wasser.“ Die alte Dame besaßte sich, seinen Wunsch zu erfüllen. Der Eindbrecher trank das Wasser aus und entfernte sich dann, ohne etwas angerührt zu haben. Als die Frauen aus dem Fenster sahen, entdeckten sie ihren Besucher, der in Richtung Vorstraße davonging. Jetzt erst machten sie auf dem zuständigen Revier Anzeige. Der genügliche Eindbrecher wird beschrieben als ein Mann von etwa 25 Jahren, der 1,70 bis 1,75 Meter groß und schlant war.

Vor der Wohnung der Braut erstochen.

Ein aufstrebender Vorfall spielte sich gestern nachmittags vor dem Hause Rheinsberger Straße 44 ab. Ein junger Mann, der auf dem Bürgersteig aufgeregter hin und her ging, zog plötzlich einen Dolch hervor und brachte sich einen Stich in die Herzgegend bei. Er sank blutüberströmt und bewußlos zu Boden. Polizeibeamte und Postanten nahmen sich des Schwerverletzten an und sorgten für seine Ueberführung in das Lazarus-Krankenhaus. Nach den polizeilichen Feststellungen handelt es sich um den achtzehnjährigen wohnungslosen Otto Kiewe. Aus hinterlassenen Briefen an seine Braut, die im Hause Rheinsberger Straße 44 wohnt, und an die Polizei geht hervor, daß Liebestummer der Grund zu dem Verzweiflungsschritt ist.

Volksfest in Mahlsdorf. Die Siedlungsgenossenschaft „Nichtenberger Gartenheim“ hatte kürzlich zu ihrem ersten Volksfest eingeladen. Mit Unterstützung des Arbeitergefängnisses „Freiheit“, Kaulsdorf-Mahlsdorf, des Arbeiterturnvereins „Eintracht“, Mahlsdorf, des Arbeiterrodfahrervereins „Solidarität“, Gruppe Mahlsdorf, und des Fußballklubs war ein ausgezeichnetes Programm zusammengestellt worden. Nachmittags 3 Uhr begann das Volksfest mit einem Festzug, an dem außer den vorgenannten Vereinen weit über 1000 Personen teilnahmen. Im Festzug wurden Festwagen mitgeführt, auf denen mit lustigen Aufschriften auf die vorhandenen Räte der Siedler hingewiesen wurde. Ein Wagen war beschriftet: „Des Siedlers Leid und Freud.“ Mit dem Leid wurde auf die vorhandene Wassernot der Siedlung hingewiesen. Ein anderer Wagen zeigte das „Großkraftwerk Klingenberg“, das die Siedlung nur mangelhaft mit Licht versorgt. Der schönste Wagen stellte „Die vier Jahreszeiten“ dar, die von Kindern der Siedler gestellt wurden. „Die neue Wohnung“ frei erfunden nach Laut, zeigte ein anderer Wagen.

Funkwinkel.

Am Abend brachte das Funkwinkler unter Selma Negro-witz' Leitung eine prächtige Folge alter Musik, darunter das außerordentlich schöne, heute nur selten gehörte Konzert F. Dur für zwei Bläserhörner und Streichorchester von Handel. Werke von Sivaldin, Bach, Mozart und anderen Komponisten des 18. Jahrhunderts vervollständigten das schöne Programm. Alice Ehlers bewährte ihre Kunst am Cembalo, dessen Klangcharakter im Mikrophon hervorragend gut, weit besser als der des Klaviers, zur Wirkung kommt. — Das Kinderfest am Nachmittag führte in den Zoo und gab hier recht instruktiv besonders den Gesang der heimischen Waldvögel. Aber wo blieben Frage und Antwort, die dem keinen Funkhörer die Sänger aus ihrem Neuhören nachschilderten? Hier lag ein Fehler in der sonst recht glücklich inszenierten Veranstaltung. — Anschaulich erzählte Ernst Ludw. von der Filmstadt Holzmoos, die ihm nun seit fünf Jahren zweite Heimat wurde. — Rechtsanwalt Dr. Fritj Weinberg machte die Funkhörer mit der neuen Vergleichsordnung zwischen den Gläubigern und Schuldnern bekannt, die vom 1. Oktober d. J. ab in Kraft tritt. — Gegen den Vortrag „Deutscher Wein“ von Regierungsrat Dr. Diehl muß Grundbühliches gesagt werden. Gewiß kann und soll durch den Rundfunk für den Verbrauch deutscher Waren Propaganda gemacht werden. Dr. Diehl aber überschritt die Grenzen der zulässigen Form bei weitem. Er pries den Wein als den Trank „für Gesunde und Kranke“, als „die schönste Gottesgabe, die die Erde hervorbringt“. Weniger schwungvoll ausgedrückt, heißen diese seine Zusammenfassung: Deutsche, trinkt! Der Rundfunk sollte sich seiner Aufgabe als Volksbildungsmittel zu bewußt sein, um solche unzulässige Alkoholarbeit auszugeben. Tes.

(Bruno Laut hat 270 Wohnungen und das vor kurzem fertiggestellte Genossenschaftsgebäude entworfen.) Nach kurzer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Genossenschaft, des Genossen Gierischer, hielt Genosse Stadterordner Lempelhof, eine Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung dieses Tages für die Genossenschaft und die Stellung des Proletariats zur Genossenschaft hinwies. Die Arbeiterport- und Gefängnisse zeigten in ihren Leistungen Vorzügliches. Den Schluß des Volksfestes bildete ein großer Fackelzug der Kinder, der, begleitet von Fackelträgern aus Kreisen der Siedler, durch die Straßen der Siedlung zog. Nach Abbrennen eines Holzstoßes sang der Arbeitergefängnisverein „Freiheit“ sehr wirkungsvoll. Das schöne Volksfestklang aus mit dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“.

Die Funde von Leichen neugeborener Kinder mehren sich seit einiger Zeit in erschreckender Weise. Gestern, Mittwoch, wurde auf einem Grundstück in der Emdener Straße im Müllkasten die bereits stark verwesene Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Sie wurde dem Schauhause zugeführt.

Ein Vatermord im Elsaß.

Die Folgen der Kriegsverderbnis.

Kolmar, Elsaß, 13. Juli. (Rth.) Vor dem Schwurgericht stand gestern die Ehefrau Maria Grohens und ihr 18 Jahre alter Sohn, der wegen Vatermordes angeklagt war, wozu seine Mutter ihn angestiftet und Beihilfe geleistet hatte. Die Verhandlung entrollte ein entsetzliches Familienbild. Die Ursache des zerrütteten Familienlebens lag in den Kriegsergebnissen. Während der Ehemann Grohens zum Militär eingezogen war, führte die Ehefrau einen unsittlichen Lebenswandel. Die älteren Töchter folgten bald dem schlechten Beispiel der Mutter, und die deutsche Militärbehörde mußte den Soldaten den Zutritt zum Hause Grohens verbieten. Als der Mann aus dem Felde nach Hause kam, ergab er sich in seiner Verzweiflung dem Trunke. Es kam zu wiederholten Streitigkeiten, die in der Frau den Wunsch entfielen, ihren Mann beiseitezuschaffen. Sie verstand es, den Sohn gegen den Vater aufzuheben, so daß er in der Nacht vom 26. zum 27. Dezember vorigen Jahres dem schlafenden Vater mit einem Knüttel mehrere Male mit großer Wucht auf den Kopf schlug, so daß der Schädel gespalten wurde und Grohens nach kurzer Zeit starb.

Das Urteil lautete auf sieben Jahre Zwangsarbeit für den jugendlichen Täter und für seine Mutter wegen Anstiftung und Beihilfe zu 12 Jahren Zwangsarbeit.

Das Erdbeben von Palästina.

Die ersten Augenzeugenberichte.

London, 13. Juli. (IL.) Nach Meldungen aus Kairo konnten jetzt Augenzeugen des Erdbebens in Palästina ein genaues Bild von den angerichteten Verwüstungen geben. In den von dem Erdbeben heimgesuchten Orten bilden die noch stehen gebliebenen, aber schwer beschädigten Häuser eine große Gefahr, da auch mit ihrem Einsturz gerechnet werden muß. Die Behörden haben deshalb einige Häuser bereits in die Luft sprengen lassen, um weiterem Unheil vorzubeugen. Die Totenziffer von 1000 wird bekräftigt, da allein in Maan 300 Personen, in Lydda 80, in Ramleh 72 und in Amman 36 Personen getötet worden sind. Die Zahl der Verwundeten geht in die Tausende. In Palästina herrscht jetzt eine ungeheure Not an Krankenbaracken und Medikamenten. Aus Ägypten wird das Sanitätsmaterial auch mit Flugzeugen herangebracht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Neuere Zusammenkunft der Spieser für unsere zentralen Feste im Jugendheim Lindenstr. 2, 13 1/2 Uhr.

Heute, Donnerstag, 14. Juli, 19 1/2 Uhr:

Bermshorf: Jugendheim bei Neuzig. Reue Bismardstr. 41. Mitglieder-versammlung. — Schönhauser Parkstr. Jugendheim, Reichenstr. 2 (Erdzimmer). Fortsetzung der Mitgliederversammlung. — Schöneberg: Jugendheim Eichenstr. 3. Vortrag: „Nihil und Jugend.“ Ferner muß die Anbahnung für das Bodenrentenfest geistlich werden. — Weihenau: Jugendheim Parkstr. 2. Lichtbildervortrag: „Der Faschismus.“ — Friedmann: Jugendheim Olfenbacher Str. 2. Vortrag: „Wird es einen Gott?“ — Bantwig: Jugendheim Gemeindefaule Schulstraße. Arbeitsgemeinschaft. — Richterfelde: Jugendheim Wilschstr. 14a. Verlauf des Films „Die Weber.“ — Steglitz: Jugendheim Wilschstr. 47. Vortrag.

Sport.

Richard, Ohmella, Selbom, Miquel, Parisot, Tholmebeck, Demoff und Tononi am Freitagabend auf der Röll-Arena. Die Röll-Arena bietet am Freitagabend ihren Anhängern wieder ein ganz hervorragendes Programm, das drei Hauptnummern vorstellt, und zwar zunächst den mit großer Spannung erwarteten Zweikampf zwischen den Weltmeisterschaftsfavoriten Richard und unserem Klassenrivalen Paul Dignella-Röll. Neben diesem sensationellen Match, das aus mehreren Wettbewerben besteht, findet der Herausforderungskampf Demoff gegen Tononi (4 Wettbewerbe) statt. Man darf gespannt sein, ob der italienische Bahnmatador der Röll-Arena hier durchhalten wird. Dann werden auch wieder einmal die Motoren auf der Röll-Arena marteln, aber die diesmaligen Stieherrennen stellen in puncto Belegung alle bisherigen der Röll-Arena weit in den Schatten. Selbom tritt gegen Karl Penner, wie Miquel, Parisot und den Belgier Tholmebeck an. Die vier Klaffkletter treffen sich in 3 Läufern über 15, 15 und 20 km. Ein 10 km-Einradfahren für Berufsfahrer und zwei Amateurrennen vervollständigen das Programm. Rennbeginn 7 1/2 Uhr.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.) Warm, wolfig, zeitweilig heiter. Fortdauernde Reizung zu lokalen Gewittern. — Für Deutschland: Noch keine wesentliche Umänderung der bestehenden Witterungsverhältnisse. Gewitter besonders in der südlichen Hälfte Deutschlands.

Seit drei Generationen

ist in Berlin unsere

KÖNIGIN VON SABA

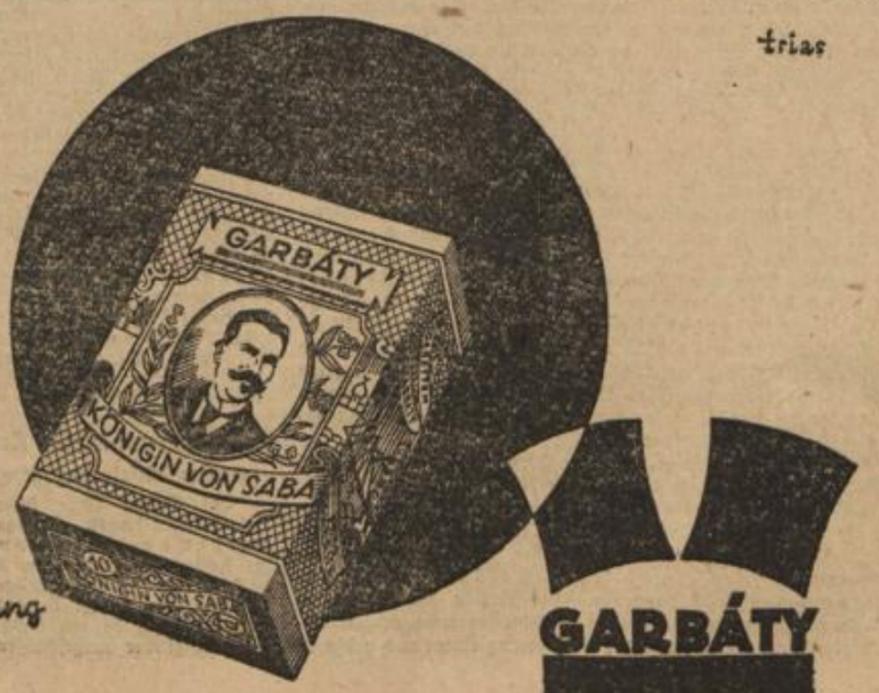
die von Kennern am meisten beehrte und geschätzte

Qualitätszigarette.

Ihre Mischung wird von Fachleuten besonders überwacht. Die pflegliche Behandlung durch eine langjährige Belegschaft sichert dieser Zigarette ihre besondere

Beliebtheit in Berlin

nur echt in dieser Packung



Postgebühren und Preisniveau.

Der Wirtschafts- gegen den Postminister. — Schacht und die Portoverhöhung.

In der grundsätzlichen Erklärung, mit der der Reichswirtschaftsminister die Anträge auf Kohlenpreiserhöhung ablehnte, heißt es wörtlich:

1. Kohlenpreiserhöhungen wirken erfahrungsgemäß auf die Gesamtwirtschaft preistreuernd. Ist es durch tatsächliche Belastung der weiteren Produktionsstufen, sei es durch Beispiel und Tendenz. . . Die Entwicklung des Binnenmarkts und des Exports wird durch weitere Erhöhung des Preisniveaus beeinträchtigt. Im Rahmen gemeinwirtschaftlicher Regelung muß darauf Rücksicht genommen werden.

2. Die Anträge auf Preiserhöhung werden zum Teil mit Abstoß- und Erdschuldung begründet. Solche Begründung ist privat- und volkswirtschaftlich verfehlt.

In dieser Erklärung braucht man statt „Kohlenpreise“ nur „Portogebühren“ einzusetzen, um ein zutreffendes Urteil über die neue Vorlage des Reichspostministers über die Portogebührenerhöhung zu gewinnen.

Die Gewinne früherer Jahre.

Aber in der Argumentation des Reichswirtschaftsministers fehlt noch ein wichtiger Hinweis. Bekanntlich werden an der Ruhr jetzt überall schieberhaft neue Kokereien errichtet, gewöhnlich zu einem Teil, um die Nebenproduktenerzeugung zu steigern und zu rationalisieren, zu einem größeren Teil aber, um bei der bevorstehenden Neubildung des Kohlenpreises hohe Kokquoten zu ertingen. Zu einem großen Teil werden diese Kokereien mit den Gewinnen des Vorjahres errichtet, die eine Folge des englischen Bergarbeiterstreiks und der erhöhten Leistungen der Belgische waren, anstatt diese Gewinne zum Ausgleich der jetzigen ungünstigeren Gewinnerhältnisse zu benutzen. Hier hätte nach unserer Meinung die Kritik des Reichswirtschaftsministers an den Anträgen auf Preiserhöhung noch eine weitere sehr berechtigte Stütze gefunden.

Diese Kritik gilt aber auch voll und ganz für die Reichspost und für die Tarifpolitik des Reichspostministers. In den ersten beiden Geschäftsjahren der Deutschen Reichspost ist es dieser möglich gewesen, nicht weniger als rund eine halbe Milliarde aus laufenden Mitteln zum Ausbau der produktiven Anlagen zu verwenden. Auch in dem ungünstigen Geschäftsjahr 1926/1927, für das letztens eine Bilanz von der Reichspost noch immer nicht vorgelegt worden ist, scheint ihr eine solche Verwendung tausender Mittel für Anlagezwecke möglich gewesen zu sein. Ein Teil dieser Investitionen ist nicht als produktiv zu bezeichnen; insbesondere scheint der Postautobusverkehr weitgehend unrentabel zu sein, wenn auch einzelne ertragreiche Linien den Verlust der vielen unrentablen Linien ausgleichen mögen, so daß vielleicht insgesamt sich ein kleiner Uberschuß ergibt. Auch bei der Post muß jetzt verlangt werden, daß die Gewinne vergangener Jahre zum Ausgleich herangezogen werden.

Anleihen oder Einschränkung.

Für 1927/1928 sind Investitionen aus laufenden Mitteln nur noch in kleinem Umfange möglich. Darum sollte die Post den Anleihenweg benutzen und, wenn dieser nicht gangbar ist, ihr Ausbauprogramm verkleinern. Eine Gebührenerhöhung bringt alle die Gefahren mit sich, die der Reichswirtschaftsminister dem Kohlenbergbau gegenüber betont hat. Was der Kohle recht ist, muß der Post billig sein. An einer gemeinwirtschaftlichen Regelung muß auf die Rückwirkungen einer Gebührenerhöhung auf das allgemeine Preisniveau Rücksicht genommen werden; sie kann nur preissteigernd wirken. Nach der Erklärung des Reichswirtschaftsministers muß der Reichspostminister sich entweder dem Vorwurf aussetzen, daß ihm gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte, wie sie der Reichswirtschaftsminister dem Kohlenbergbau gegenüber geltend gemacht hat, gleichgültig sind, oder er muß seine Vorlage zurückziehen.

In der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags, die sich mit der Frage der Portogebührenerhöhung befaßt, hat nun der

Reichspostministers einen Brief des Reichsbankpräsidenten verlesen, in dem dieser sich gegen eine Anleihe der Reichspost ausspricht, wohl weil die Post kein produktiver Betrieb sei. Die Begründung dieser Auffassung wäre für die Öffentlichkeit außerordentlich interessant, und es ist unverständlich, warum weder die Reichsbank noch der Herr Reichspostminister diesen Brief bisher veröffentlicht haben. Ist der Brief für Herrn Dr. Schacht etwa so blamabel, daß man nicht wagt, sein Ansehen durch eine Veröffentlichung des Briefes aufs Spiel zu setzen? In jedem Fall muß man annehmen, daß sich Herr Dr. Schacht, der sich wiederholt für die Aufrechterhaltung eines niedrigen Preisniveaus in Deutschland eingesetzt hat, der Konsequenzen seines Briefes nicht bewußt, d. h. daß er sich nicht darüber klar gewesen ist, daß die Folge dieses Briefes eine Erhöhung der Portogebühren und damit möglicherweise der Preise ist.

Daher muß man fordern, daß dem Reichsbankpräsidenten noch einmal Gelegenheit gegeben wird, sich zu der Frage einer Postanleihe zu äußern, d. h. daß man mit der Erhöhung der Portogebühren wartet, bis Schacht nach Deutschland zurückgekehrt ist und seine Äußerung vorliegt. Inzwischen muß aber der erste Brief veröffentlicht werden, damit der Reichsbankpräsident auch die Möglichkeit hat, sich bei seiner zweiten Äußerung, die ebenfalls in der Öffentlichkeit erfolgen muß, auch seinen Kritikern gegenüber zu äußern, falls er an seinem unverständlichen Standpunkt festhalten sollte.

Ein Anschlag gegen den Mittelstand.

Eine besondere Rolle in der geplanten Erhöhung der Postgebühren spielt das Projekt, neue Gebühren für die Beförderung von Postschekbriefen und für die Anfertigung des Kontoauszuges einzuführen. Diese Maßnahmen, zu denen weitere Verteuerungen im Postschekverkehr treten, stellen eine starke Belastung für den bargeldlosen Geldverkehr im Kleinen dar. Dieser hat während des Krieges und später einen gewaltigen Aufschwung genommen, weil jeder kleine Geschäftsmann, viele Gewerbetreibende und Angehörige von freien Berufen für ihre laufenden Zahlungen sich an den Ueberweisungsverkehr gewöhnt haben und dabei auf die Zinsen für ihr eingeleagtes Geld gern verzichteten, solange der Postschekverkehr sich reibungslos abwickelte.

Jetzt treten diese als Steuer wirkenden Belastungen hinzu, die gerade den Inhaber kleinerer Konten besonders heranziehen, da er in der Regel eine große Zahl von Buchungen an vielen verschiedenen Tagen vornehmen lassen und dazu Postschekbriefe benutzen muß. In ihrer Begründung verweist die Reichspost darauf, daß trotz der neuen Verteuerung sich der Postschekverkehr in Zukunft billiger stellen würde als der bargeldlose Ueberweisungsverkehr. Hierbei übersieht aber die Postverwaltung offenbar, daß der Bankverkehr für den kleinen Gewerbetreibenden Vorteile hat, die der Postschekverkehr nicht bieten kann. Es gibt nur wenige Postschekämter, bei denen das Geld unmittelbar am Schalter erhoben werden kann, alles andere spielt sich brieflich ab. Dagegen haben die Bankinstitute an allen Orten und in Großstädten selbst in den verschiedensten Stadtteilen ihre Filialen, die den Kunden ohne weiteres zur Verfügung stehen. Wird der Postschekverkehr nun verteuert, so ist damit zu rechnen, daß mancher kleine Gewerbetreibende auf sein Postschekkonto verzichtet und zur nächsten Bankstelle geht.

Die Erhöhung der Postschekgebühren wirkt sich dann wie ein Binnenzoll zugunsten der privaten Banken aus. Dadurch entsteht aber auch die Gefahr eines erheblichen Rückganges der Umsätze beim Postschekamt und damit einer Verteuerung der Kosten, vielleicht sogar eine Zurückdrängung des bargeldlosen Verkehrs. Die volkswirtschaftlichen Folgen einer solchen Entwicklung wären durchaus unerwünscht und es muß fraglich erscheinen, ob die Post daraus dauernden Vorteil zieht. Daher sollte es sich der Verwaltungsrat der Reichspost überlegen, ob er den fiskalischen Interessen der Postverwaltung oder den volkswirtschaftlichen Bedenken gegen derartige Maßnahmen den Vorrang gibt.

Erfolg hinderlich waren, sondern daß auch bedauerlicherweise aus Arbeiterkreisen, Gewerkschaften usw. solche Konkurrenzunternehmen neu gegründet werden. Dem Gesamtinteresse der Arbeiterschaft, dem nur durch schärfste Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel in einer Organisation genügt werden kann, erwächst durch die Zersplitterung zweifellos nur Schaden.

Preisabbau für Stickstoffdünger.

Die Landwirtschaft erspart 20 Millionen Mark.

In diesen Tagen ist der Preis eines wichtigen Betriebsmittels der Landwirtschaft abgebaut worden. Es handelt sich dabei um den Stickstoffdünger, der bisher durchschnittlich 95 Pf. pro Kilogramm gekostet hat und in dem neuen Düngejahr mit durchschnittlich 90 Pf. abgegeben werden soll.

Um die Bedeutung dieses Preisabbaues ermessen zu können, muß man sich die vorläufigen Angaben über den Abfall von Düngemitteln im letzten Düngejahr ansehen. Die Angaben lassen erkennen, daß allein an Stickstoffdünger rund 400 000 Tonnen an die deutsche Landwirtschaft abgesetzt wurden. Unsere Rechnung ergibt folgendes Bild: Die zukünftige Ersparnis bei Stickstoffdünger beläuft sich bei einer Tonne gleich 1000 Kilogramm auf 50 M., bei 400 000 Tonnen auf 20 Millionen Mark. Es ist abzuwarten, ob die landwirtschaftlichen Unternehmer über diese erhebliche Ersparnis schweigend zur Tagesordnung übergehen oder ob sie Wort halten und in erster Linie die jämmerlich entlohnten Landarbeiter daran partizipieren lassen.

Ueber die Kaufkraft der Landwirtschaft für Düngemittel unterrichten noch folgende Tatsachen, die uns in diesen Tagen zur Kenntnis kamen. Der Abfall allein an Stickstoffdünger ist im Düngejahr 1926/1927 um 50 000 bis 70 000 Tonnen größer als in dem vorhergehenden Düngejahr 1925/1926. Die ostpreussische Landwirtschaft, deren mögliche Führer bisher immer erklärt haben, daß sie zahlungsunfähig ist, und die mit ihrem Düngemittelbezug bisher weit hinter der Landwirtschaft anderer Bezirke zurückstand, ist im letzten Düngejahr mit einer der besten Käufer gewesen. Wir registrieren diese Ausgaben als einen neuen Beweis dafür, daß sich die Kaufkraft der Landwirtschaft in fühlbarer Weise vergrößert hat.

Rekordmonat der Konsumgenossenschaft Berlin.

Großer Mitgliederzugang. — 50 Proz. Umsatzsteigerung.

Im Monat Juni kann die Konsum-Genossenschaft Berlin Rekorderfolge buchen. Nahezu 2000, nämlich 1914 Mitglieder wurden neu aufgenommen; damit erhöhte sich die Zahl der Abonnenten in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1926/1927 auf 20 721, und der Mitgliederbestand erreichte die Ziffer 153 854. Von diesem Bestand wird allerdings ein erheblicher Abbruch erfolgen, da am Geschäftsjahreschluß der letzte Rest aller jener Mitglieder ausgeschlossen wird, die in den Rotjahren der In-

flation, in den Zeiten der Warenknappheit, die Konsum-Genossenschaft als leistungsfähigste Lebensmittel-Versorgungsstelle zu finden wählten, in der folgenden Zeit aber nur noch leere Nummern waren. So wird die Konsum-Genossenschaft Berlin mit 128 683 Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr eintreten, die wirklich Genossenschaftler sind.

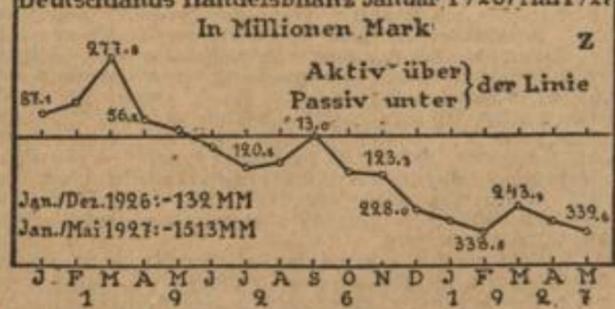
Der Umsatz der Konsum-Genossenschaft im Juni belief sich auf 3 837 198,28 M. Das ist, abgesehen vom Dezember 1926, dem Weihnachtssmonat mit seinen gesteigerten Einnahmen für den Haushalt, der höchste Monatsumsatz im 28. Geschäftsjahr. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres betrug die Zunahme 1 301 368,46 M. gleich 51,3 Proz. Zu bemerken ist hierzu, daß diese außergewöhnliche Steigerung zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die vor dem Inventurtag gelegenen zwei ersten Julitage mit in den Monat Juni einbezogen wurden, was zur Folge haben muß, daß der Juli entsprechend mäßigeren Ziffern aufweisen wird.

Die Sparkasse der KGB. berichtet über eine Vermehrung der Spareinlagen im Juni von 463 519 M. Der Einlagenbestand erhöhte sich hierdurch auf 15 967 921 M.

Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Ueber die fortgesetzte starke Besinnlichkeit der deutschen Handelsbilanz, die bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres über 1 1/2 Milliarden Mark erreicht hat, herrschen auch an maßgebenden Stellen bemerkenswerte abweichende Meinungen. Der Landwirtschaftsminister Schiele sieht darin eine nahende Gefahr, der Reichswirtschaftsminister Curtius ist dagegen mit dem Ergebnis zufrieden, zumal nach seiner Meinung eine gesunde Entwicklung der deutschen Ausfuhr festzustellen sei, und der Reparationsagent Gilbert weist u. a. auf die steigende Einfuhr von Rohstoffen hin, der eine entsprechende Ausfuhr von Fertigwaren fehlt.

Deutschlands Handelsbilanz Januar 1926/Mai 1927



In der Tat ist die Ausfuhr der Fertigwaren von 568.2 Millionen Mark im Januar 1926 auf 622.4 Millionen Mark im Mai 1927 gestiegen, während die Rohstoffeinfuhr in derselben Zeit von 383.9 Millionen Mark auf 592.7 Millionen Mark gewachsen ist und im Januar und Februar 1927 sogar höher als Fertigwarenausfuhr war. Die starke Eindeckung mit Rohstoffen muß naturgemäß zur Steigerung der Produktion führen. Es fragt sich nur, ob die deutsche Ausfuhr nunmehr auch das von maßgebenden Stellen erwartete Ergebnis zeitigen wird, da die Produktion auch in anderen Industrieländern sehr stark gestiegen, während die Kaufkraft in den meisten Ländern keineswegs in derselben Weise gewachsen ist.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 2. Juli ist die arbeitstäglige Wagenstellung der Reichsbahn von 150 400 auf 147 700 zurückgegangen, wie folgende Tabelle erkennen läßt:

Woche	Tabelle: tägliche Ueberblick seit Mai. (In 1000 Stück)	
	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
	1927	1926
1. 5. — 7. 5.	890,0	741,8
8. 5. — 14. 5.	901,8	650,2
15. 5. — 21. 5.	908,7	756,2
22. 5. — 28. 5.	792,3	690,7
29. 5. — 4. 6.	907,0	721,7
5. 6. — 11. 6.	746,6	762,7
12. 6. — 18. 6.	864,6	783,8
19. 6. — 25. 6.	902,6	761,5
26. 6. — 2. 7.	888,1	743,1

Die Reichsbahn weist darauf hin, daß der in die Woche fallende 29. Juni der katholische Festtag Peter und Paul war, so daß sich der Rückgang gegenüber der Vorwoche aus diesem in katholischen Gegenden gezeigten Feiertag erklärt.

Ein neuer polnischer Zolltarif. Neue Grundzüge. Im polnischen Ministerpräsidium fand eine vom Handelsminister Kwiatkowski einberufene Konferenz hervorragender Wirtschaftsführer, Industrieller und Abgeordneter statt, um über die weiteren Wege der polnischen Handelspolitik zu beraten. Der Handelsminister sprach sich in längeren Ausführungen u. a. gegen eine generelle Vorrückung der Zölle entsprechend der Geldentwertung aus; zugleich kündigte er die Schaffung eines neuen Zolltarifes an, der auf folgenden Grundzügen beruhen soll: liberal gegenüber der Einfuhr von Rohstoffen, die der Produktion dienen und gegenüber Artikeln des gewöhnlichen Massenverbrauchs, gemäßig gegenüber Zollenergie gegenüber Waren, die im Lande hergestellt werden, sofern die polnische Produktion einen Schutz braucht, ausgesprochen schutzpolitischer auf dem Gebiet der Spezialerzeugung, die beispielsweise den Zwecken der Landesverteidigung dient, und rein nach finanziellen Gesichtspunkten gegenüber dem Gebrauch von Luxusartikeln. Wichtig an dieser Mitteilung ist die Andeutung eines neuen Zolltarifs. Er wird für die schenbar besser in Aussicht kommenden deutsch-polnischen Verhandlungen von Bedeutung sein. Reichlich theoretisch scheinen aber die Grundzüge, von denen der zweite dehnbar wie Gummi ist, der dritte aber in direktem Widerspruch zu den allgemeinen Zollabbaumwünschen steht.

Zinsverbilligung aus Reichsmitteln. — Warum so eilig? Zur großzügigen Durchführung von Bodenverbesserungen in der deutschen Landwirtschaft hat der Reichsernährungsminister Dr. Schiele bekanntlich eine 200-Millionen-Anleihe vorgeschlagen. Die Bewegung der Anleihe steht nach den letzten Mitteilungen noch weit im Felde. Dennoch hat das Reichskabinett jetzt schon beschlossen, in den Jahren 1927 (1) bis 1931 jährlich je 6 Millionen Mark zur Zinsverbilligung zur Verfügung zu stellen. Das Reich wird also die runde Hälfte der gesamten Zinslast übernehmen. Die Eile, mit der in ansehlicher Zeit eine neue Reichsausgabenaktion für die Landwirtschaft angekündigt wird, nimmt etwas Wunder. Soll damit der gut gespielten Enttäuschung der Agrarier über die nicht erfüllten Zollwünsche noch ein Pfalter aufgelegt werden? Daß jede Bodenverbesserung volkswirtschaftlich erwünscht ist, ist klar. Ebenso klar ist aber auch, daß die Zinsverbilligung auf öffentliche Kosten sowohl im Bodenpreis wie in der Höhe der Baverträge sich nur privatwirtschaftlich auswirkt.

Motorrad und Auto, die in den dem Motorverkehr noch weniger erschlossenen Gebieten heilig miteinander konkurrieren, nehmen in der Weltproduktion eine eigenartige Stellung ein. Nach einer Uebersicht des amerikanischen Handelsamtes wurden in den wichtigsten Staaten 1926 insgesamt 334 080 (im Vorjahr 268 340) Motorräder hergestellt. An der Spitze steht England mit 120 000, es folgen Deutschland und Frankreich mit 75 000 und 70 000 Motorrädern. Erst an vierter Stelle mit einer Erzeugung von nur 42 000 Maschinen, die abendrein zur Hälfte exportiert werden, kommt das klassische Land des Automobilbaues, die Vereinigten Staaten, wo das Motorrad bereits fast gänzlich vom Auto verdrängt ist.

Die „Volksfürsorge“ im Jahre 1926.

Die Versicherung der deutschen Arbeiterschaft. — Ein Jahr des Erfolges.

Das Geschäftsjahr 1926 war für die Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft ein Jahr des Erfolges. Es gingen im Jahre 1926 insgesamt 251 371 Versicherungsanträge ein. Ende 1926 hatte die Volksfürsorge einen Versicherungsbestand von 733 738 Versicherungen mit 246 713 017 M. Versicherungssumme. Die Prämienentnahme betrug 11 455 277,11 M., die Einnahme aus Zinsen und Mieten 1 246 857,78 M. Für Regulierungsfälle sind 757 725,41 M. ausgezahlt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt einen Uberschuß von 2 529 785,65 M. Dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat folgend, beschloß die Generalversammlung, nach Zuweisungen an die notwendigen Reserven auf die für die Gewinnverteilung in Betracht kommende Jahresprämie 25 Proz. in der Volks- und Lebensversicherung zu verteilen. Das bedeutet eine ganz beträchtliche Erhöhung der tarifmäßigen Versicherungssumme. 25 000 M. dienen der Verzinsung des von den Gewerkschaften und Genossenschaften aufgebrachtene Aktienkapitals, das 500 000 M. beträgt und nur mit höchstens 5 Proz. verzinst werden darf.

Die Bilanz für den Schluß des Geschäftsjahres 1926 schließt in Aktiva und Passiva mit 22 583 264,80 M. ab. Die Volksfürsorge verfügt über einen Grundbesitz im Werte von 1 376 195,46 M. Die Hypotheken, die den wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterschaft gewährt wurden, machen eine Summe von 12 745 895,25 M. aus. An Wertpapieren und Kommunaldarlehen finden wir einen Betrag von 3 871 782,50 M. Insgesamt beläuft sich das wirtschaftliche Vermögen der Gesellschaft auf rund 20 Millionen Mark. Unter den Aktiven stehen Aufwertungsforderungen an die früheren Hypotheken- und Darlehensschuldner in Höhe von 1 535 436,76 M. und unter den Passiven ein Aufwertungsfonds in gleicher Höhe. Dem letzteren werden nach dem aufgestellten Verteilungsplan die Aufwertungsbeiträge für die für die Aufwertung in Frage kommenden Papiermarkversicherungen einzufließen.

Kann die Volksfürsorge mit ihrer Entwicklung im Jahre 1926 zufrieden sein, so besteht heute schon die Aussicht, daß die Ergebnisse des laufenden Jahres noch besser werden. So steht die Volksfürsorge als ein in allen Teilen gekräftigtes und gesichertes Unternehmen da und ist trotz aller Anfeindungen und Bekämpfungen eine große und leistungsfähige Versicherungsgesellschaft geworden. Im Bericht des Vorstandes heißt es, daß nicht nur Sterbekassen (Abnennversicherungen, Begräbnisgewinnen) mit anhängender Versicherung einem noch größeren

Der galante König.

Von Paul Hochmann.

(Schluß.)

Autora von Königsmarkt, eine andere Mätresse, war nicht ohne weiteres bereit, sich dem König hinzugeben. Sie mußte erst von ihrer verheirateten Schwester, einer Frau von Löwenhaupt, „zur Vernunft gebracht“ werden, ehe sie einwilligte.

Eine ganz besondere Nummer war die Gräfin Esterle, welche die Königsmarkt ablöste. August lernte sie in Wien kennen und eroberte ihre Reizung mit einem Brief, dem ein paar Ohringe im Werte von 40 000 Gulden beigelegt war. Eines Tages war er bei ihr und blieb auf ihre Bitten auch über Nacht. Pöllnitz erzählt nun weiter:

„Die beiden hatten sich soviel zu sagen, daß der Tag sie übertrichtete, bevor sie eingeschlafen waren; endlich aber sanken sie in tiefen Schlummer. Es war 10 Uhr morgens, und sie schliefen noch immer. Ohne Zweifel hätten sie noch länger geschlafen, wenn der Graf von Esterle sie nicht gestört hätte. Er wollte seiner Gemahlin etwas mitteilen und begab sich deshalb zu ihr ins Schlafzimmer. Als die Tür verschlossen war, öffnete er sie leise mit seinem Schlüssel, um sie zu überraschen. Wie sehr aber war er selbst überrascht, als er den Kurfürsten in den Armen seiner Gemahlin sah! Ein Wutschrei wachte die beiden Lebenden. Der Kurfürst sprang aus dem Bett, nahm seinen Degen und jagte damit dem Grafen solche Furcht ein, daß er die Flucht ergriff. In ihrer Verzweiflung wußte die Gräfin nicht, was sie tun sollte. Sie fürchtete die Rache des Grafen. Der Kurfürst begriff ihre Angst und sann über ein Mittel nach, die Gräfin vor Mißhandlungen zu schützen. Er hielt es für das Geratene, sie in das Haus seines Onkels zu bringen, das nach dem Völkerricht ein unverletzliches Asyl war. Die Gräfin konnte sich zunächst nicht dazu entschließen, aber der Kurfürst stellte ihr vor, daß sie, da ihre Beziehungen gerade dem bekannt geworden waren, der am wenigsten hätte davon erfahren sollen, auch keine Rücksichten mehr zu nehmen brauchte. Sie willigte also ein, nahm ihre Kassetten mit den Diamanten und stieg mit dem Kurfürsten in einen Mietwagen, um sich zu dem Gelände zu begeben.

Während Frau von Esterle vor ihrem Gemahl floh, stand dieser im Vorzimmer des Kaisers, und wie Sultan verkündete er über seine Schande und seine Verzweiflung. Seine Freunde trösteten ihn und sagten, das sei kein Grund, sich so aufzuregen. Sie nannten Beispiele aus der Mythologie und aus der alten und neuen Geschichte. „Amphitryon“, sagten sie, „war ebenso entsetzt wie Sie, als er Alkmenes Untreue erfuhr, und doch beruhigte er sich bei dem Gedanken, daß er Jupiter zum Nebenbuhler gehabt habe. Wie viele Männer im alten Rom haben ihre Frauen den Cäsauren überlassen! In Frankreich hat Herr von Montespan seine Gemahlin Ludwig XIV. abgetreten, und wie viele Männer haben in England, wo die Könige weniger unumschränkt sind, geduldet, daß Karl II. ihre Frauen besuchte!“

„Alles, was Sie mir sagen, ist richtig“, erwiderte Herr von Esterle treuherzig, „aber Amphitryon hat sie einem Gott überlassen, und die anderen ihren Herrschern.“

„Nun“, verjagt Graf von Martinik, „später kaiserlicher Gesandter in Rom, wenn Sie es den Männern gleich tun wollen, die mir Ihnen genannt haben, so treten Sie in den Dienst des Kurfürsten von Sachsen, er kann dann mit Ihrer Gemahlin schlafen, ohne daß jemand etwas dagegen einzuwenden hat.“

Alle Anwesenden billigten diesen Vorschlag, und der arme Graf von Esterle fand den Rat so gut, daß er selbst Herrn von Beichling aufsuchte, und ihn um seine Verwendung im Dienste des Kurfürsten bat.

Der Kurfürst war nicht wenig erstaunt, als Herr von Beichling ihm das mitteilte. Aber dieser Günstling versicherte, im Auftrage des Herrn von Esterle zu sprechen. Der Kurfürst schrieb sofort der Gräfin und teilte ihr diese Neuigkeit mit. Sie bat ihn, Herrn von Esterle nicht in seine Dienste zu nehmen, ihm aber ein Jahresgehalt zu bewilligen unter Bedingungen, die sie stellen würde. Der Kurfürst antwortete, sie könne diese Angelegenheit nach ihrem Gutdünken regeln; er setzte dem Grafen ein Jahresgehalt von zwanzigtausend Gulden aus. Daraufhin schloß die Gräfin einen regelrechten Vertrag mit ihrem Gemahl.

Die Liebhaftigkeit mit der Esterle nahm übrigens ein für August wenig schmeichelhaftes Ende. Die Gräfin betrog ihn nicht bloß mit dem Herrn von Flemming, den der nichtsahnende König auf ihre Veranlassung zum Generalleutnant, Kabinettsminister und Oberstallmeister von Litauen machte, sondern auch mit anderen. Einmal überraschte August sie aber und befahl ihr, auf der Stelle das Land zu räumen. Sie gehorchte, wurde jedoch unterwegs von einem Offizier eingeholt, der nachgeschickt worden war, die ihr von dem freigebigen Geliebten verehrten Diamanten zurückzufordern. Die Esterle handelte dem Boten sogleich eine versiegelte Kassetten mit einem Schlüssel ein, als aber der König später das Röstchen öffnete, waren bloß wertlose Blätter drin. Die Frau hatte August auch diesmal hintergangen.

Pöllnitz erzählt, daß August lachte, als er den Betrug entdeckte. Er konnte lachen. Was kümmerte ihn der Verlust der Röstchen, zu neuen Festen preßten seine mißfälligen Minister aus dem Volke oder sie machten Schulden, die dem Staat zur Last geschrieben wurden. Und Mätressen, soviel er wollte, lieferte ihm der Adel. Er brauchte schlimmstenfalls nur anzuklopfen, und man bereitete sich, ihn zu bedienen. In einer Zeit, da eine Proletarierfrau in Bremen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wird, weil sie ihre Tochter, die von Liebhabern Geld amahm, nicht aus dem Kaufe gestohlen hat, heft man folgendes mit besonderen Gefühlen: Einige Tage verstrichen, ohne daß der Monarch erfuhr, ob seine Wünsche dem Mädchen (Fräulein von Dieskau) angenehm waren oder nicht. Da er nicht länger warten wollte, wandte er sich an die Mutter des jungen Mädchens. Frau von Dieskau fühlte sich durch dieses Vertrauen hochgeehrt und versprach, alles daran zu setzen, daß ihre Tochter den Gefühlen seiner Majestät entgegenkäme. Da sie gern Arbeit hatte und eine offene und eheliche Frau war, verlangte sie zunächst eine beträchtliche Summe als Aussteuer für ihre Tochter. Das Geld wurde ihr bewilligt und ausbezahlt. — Und bald darauf wärmte Fräulein von Dieskau das königliche Bett, nicht allzulange ostendings; ein Fräulein von Osterhausen verdrängte sie. Die Verlassene wurde an den Hofmarschall von Loos verheiratet.

Das alles ist mehr als Klatsch, das sind Beiträge zur Sittengeschichte einer Rasse, die noch heute, in der „demokratischen“ Republik Deutschland, Ahnenkult treibt und sich unter Berufung auf

ihre Vorfahren für mehr und Besseres hält als das „gemeine“ Volk. Und unbewußt liefert Pöllnitz auch Material zu der bis auf weiteres leider geregelten Abfindung der Fürsten. Hätte das angeblich souverän gewordene Volk Zurückerstattung alles dessen verlangt, was von seiner Arbeitskraft, von seinem Gute der einzige August vergeudet, nur um seine Launen zu befriedigen, den Bettinern wäre nicht das Hemd auf dem Leibe geblieben.

Noie Volkspartei.



„Verschont mein letztes Kind, das noch Zeugnis davon ablegt, daß ich einmal mit dem Liberalismus vermählt war!“

Das Pferd.

Von Fritz Müller, Partenkirchen.

Es ist jetzt viele Jahre her, daß durch die Bahnhofstraße das letzte Pferd getraht ist. Das unüberwindlich letzte Pferd. Vorher waren schon, in Zwischenräumen, amtlich angezeigte letzte Pferde durchgeleitet worden, feierlich betränkt mit Blumen, auf der Straße mit Hallo begrüßt und mit Elegien in der Zeitung. Ähnlich wie der letzte Postillon gefeiert wird auf Straßen, die von morgen ab die Eisenbahn beherrscht.

Aber andere Pferde, die davon nichts wußten, sind dann auch noch durchgekommen. Unbeglückt und ungefeiert schließlich eins, das wirklich Letzte. Hinter ihm brach stählern mit Scheul die Autosflut herein, trompeteten Motore, wurde höchstensfalls ein scheuer Radler noch gelitten. Unbestrittener Herrscher war und blieb Bengin.

Möglich, daß in einem Kaffeehaus an dieser Straße noch ein Weißbart solch ein Pferd erwähnte. —

„Pferd?“ unterbrach man ihn mit hochgezogenen Augenbrauen. „Pferd, was ist das?“

Er beschrieb es mit Gefühl aus seiner Kindheit Tagen. Man zwinkerte sich zu: Der Alte stunkert! — „Laßt ihm sein Vergnügen, solche Fabelwesen gab es nie.“

„Wenn ich mich recht erinnere“, sprang ihm ein Monotel bei, „soll immerhin ein solches — solches — Pferd, sagten Sie, nicht wahr.“

„Pferd.“

„Sagt ich doch.“

„Sie sagten Pferd. Pf — erd heißt.“

„Pf — Pf — das klingt verdammt nach Dampf.“ mischte sich ein anderes Monotel ein.

„Ne, ne, es stimmt, vor Jahren hat man mal ein solches Ding, noch ziemlich gut erhalten, im Sibiriens bloßgelegt.“

„Das war ein Mammut“, jagte der Weißbart.

„Wohl von Ihrem Pferd 'ne Spielart, was?“ — „Seht mal, was die Straße dort heraufkommt!“

„Vielleicht ein Reklamevieh aus der Hagenbedschen Tierzucht?“

„Ein Pferd, meine Herren.“

„Wie — was — ne, so sieht also so'n Ding aus!“

Es war ein altes Pferd. Es zog eine alte Kutsche. In der Kutsche saß eine alte Kloster Schwester. Der Tracht nach eine arme Schulschwester vom Lande. Neben ihr saß eine junge Schwester. Sie lachte.

Das alte Pferd ging Schritt. Zwischen ihm und den rasenden Autos vorn entstand ein leerer Raum. Hinter ihm tutete es, schillte es, haulte es. Das Pferd hielt seinen Schritt. Man suchte vorzufahren. Aber das Pferd hatte sich quergestellt. Jetzt sah es um. Sah mit seinen großen Kohlenaugen ruhedoll hinein in das Losen des aufgehaltene Verkehrs, aus dem sich wütende Arme reckten, sich die Fäuste ballten: „Schuhmann, he Schuh!“

Sie schrien nicht mehr. Sie hatten in den stillen Augenblick des alten Tieres geschaut. Die Hände sanken ihnen von den Autohebeln. Es wurde ihnen unbegreiflich. Der Vorfahr wachte auf in ihrem Autoblitz. Der Vorfahr, der auf grünen Wiesen noch gesehen hatte, wie die Pferde weiden.

Hinten schrie ein angetrunkenen Autofahrer: „Überrennt den Karren!“

Die alte Kloster Schwester schaute angstvoll. Die junge stieg aus, griff dem alten Tier die in die Zügel, riß sich an der Trennblutete.

Junge Herren sprangen aus den Autos, wollten ihre Dienste anbieten, läckelten vorlegen vor den feierlichen Kohlen in dem alten Pferdeshädel und besannen sich, daß sie mit tausend toten Hebeln, aber nicht mit einem Pferde umzugehen wußten.

Jetzt hatte die junge Schwester den Wagen schräg über die Straße geführt und hielt. Die alte Schwester stieg aus. Mit einer

großen Latsche verschwand sie unter einem Tor. Es war die Reichsbank.

Die junge Schwester stand beim Pferd. Viele Leute sammelten sich an. Alle wollten das Pferd sehen. Einige schüttelten den Kopf. Einige nickten gedankenvoll. Einige wollten einen Biß machen. Aber wie das Pferd sie ansah, blieb er ihnen stehen.

Es hatte sich ein großer Kreis gebildet. Aus den Fenstern der Reichsbank starrten die Beamten. Der Reichsbankdirektor selber kam heraus und streichelte das Pferd: „Ah“, sagten die Leute. Auch der jungen Schwester schien er ein Wort sagen zu wollen. Aber die beachtete ihn nicht. Ihre Hand blutete noch. Sie sah das Pferd an. „Mistvieh, elendigs“, sagte sie.

Worauf beruht die Macht der Musik?

Der geheimnisvolle Zauber der Töne ist seit uralten Zeiten bewundert und besungen worden, aber erst in jüngerer Zeit nützt man diese Macht über die Stimmungen des Menschen auf wissenschaftlicher Grundlage aus. Edison, der Erfinder des Grammophons, ist auch der erste gewesen, der auf den Gedanken kam, „Rezepte“ für die Musik, deren man gerade bedarf, auszuarbeiten. Wie Edgar C. Wheeler in einem Aufsatz mitteilt, den „Die Auslese“ wiedergibt, setzte sich Edison mit dem Psychologen Dr. Walter B. Bingham vom Carnegie-Institut in Verbindung, der eine Reihe von Versuchen ausführte. Es wurden 550 verschiedene Musikstücke ausgewählt, vom Jazz bis zur großen Oper, und bei einer Anzahl von Hörern, die Erfahrung in der Selbstanalyse hatten, erprobt. Die Ergebnisse wurden sorgfältig aufgezeichnet, jeder Wechsel in den Stimmungen und Gefühlen der Zuhörer vermerkt. Nachdem die Verluste mehrere Monate gedauert hatten, waren die Hörer schließlich imstande, 135 Musikstücke, die bei allen auf Geist und Stimmung einen unabweisbaren Eindruck gemacht hatten, zu klassifizieren, und diese Listen werden nun den Platten beigegeben, so daß der Grammophonbesitzer sofort weiß, welche Stimmung ein Musikstück hervorruft. So wird z. B. zur „Aufheitung“, wenn das Leben monoton ist, empfohlen: das Toccata-Viel aus „Carmen“ oder die „Marschallse“. Wenn man Sorgen hat, um dem Gemüt Frieden zu verschaffen, sollen Platten aufgelegt werden, wie die „Meditation“ aus „Thais“ von Raffert, von einem Geigenkünstler gespielt, oder „Home, Sweet Home“.

Wie deutlich die Musik die Phantasietätigkeit beeinflusst, erweisen Versuche, die mit Studenten in einer Zeichenklasse der Columbia-Universität vorgenommen wurden. Die Studenten mußten schnell die Eindrücke aufzeichnen, die sie beim Hören einer Reihe von Musikstücken empfanden, und es war auf den ersten Blick zu erkennen, welche Skizzen beim Spielen der Mondschneersonne und welche beim Anhören eines Jazz entworfen waren.

Alle diese Beobachtungen haben gezeigt, daß die Macht der Musik hauptsächlich in ihrem Rhythmus liegt und daß der Rhythmus wieder in enger Beziehung zu dem Pulsschlag unseres Körpers steht. Der normale menschliche Puls hat 70 Schläge in der Minute. Eine lebhafte Melodie, deren Rhythmus schneller ist als der Herzschlag, also etwa 80 Taktschläge in der Minute, hat fast stets eine aufheitende Wirkung. Der entgegengesetzte Einfluß wird durch eine Musik herorgebracht, deren Rhythmus langsamer ist als der Herzschlag; diese kann uns beruhigen, aber auch traurig machen. Daraus erklärt sich, warum uns in Augenblicken höchster Erregung schnelle rhythmische Musik völlig mitreißt, während uns in Momenten des Niedergedrücktheits langsame Musik zur Verzweiflung bringt. Die Musiker haben natürlich diese Beziehungen unbewußt immer verwendet, aber mancher hat sich auch schon mit Absicht ihrer bedient. So wird von dem Leiter des berühmten Kneffel-Strichquartetts, Franz Kneffel, berichtet, daß er den Rhythmus seiner Darbietungen wohl überlegt etwas über dem Tempo des normalen Herzschlages anlegte. Bei der Bewertung von Musik in den Fabriken, die in den Vereinigten Staaten eingeführt wurde, muß die Musik dem Rhythmus der Maschinen folgen, sonst kann sie mehr Schaden als Nutzen stiften.

Was die Sterne heiß hält. Die Materie in der Sonne und den Sternen wird beständig zertrübt und in Licht, Hitze und andere Energieformen verwandelt, die diese Himmelskörper zu uns senden. Ueber die Art dieser Umwandlung der Materie hat man sich lange vergebens den Kopf zerbrochen. Erst in neuester Zeit ist durch die moderne Atomtheorie einige Klarheit darüber geschaffen. In einer preisgekrönten Abhandlung „Die Quelle der Sonnenenergie“ hat sich der amerikanische Astronom Dr. Donald H. Menzel von der Lick-Sternwarte darüber ausgesprochen, „was die Sterne heiß erhält“. „Die Erde ist etwa eine Milliarde Jahre alt“, führt er aus, „und während dieser ganzen Zeit hat uns die Sonne von jeder Unge ihrer Substanz genug Hitze gesandt, um 750 Tonnen Wasser von der Temperatur schmelzenden Eises bis zu der kochenden Wassers zu erhöhen. Das ist weit mehr, als durch irgendeinen Verbrennungsprozeß, durch die ursprüngliche Hitze der Sonne, durch Meteorregen oder sogar durch den Zerfall des Radiums herorgebracht werden kann. Nur wenn man annimmt, daß die Substanz selbst in den Sternen sich tatsächlich in Energie verwandelt, wie dies der englische Astronom Jeans zuerst ausgesprochen hat, kann man die Entstehung der Hitze erklären, die die Sonne und die Sterne in so unendlichen Zeiträumen abgeben haben. Diese Theorie stimmt überein mit den modernen Anschauungen von dem Bau der Atome, aus denen alle Substanz besteht. Danach besteht das Atom aus Ladungen von negativer und positiver Elektrizität; wenn diese beiden gegensätzlichen Ladungen zusammenkommen, vernichten sie einander und erzeugen so einen „Energieblitz“. Diesen Vorgängen entspricht auch die merkwürdige Strahlung, die aus dem Weltraum zur Erde gelangt und in der letzten Zeit von Kohlhörster und Millikan eingehend studiert worden ist.“ Nach den Ausführungen Dr. Menzels werden durch diese Theorie alle bekannten Tatsachen über die Sterne gut erklärt, womit freilich nicht gesagt ist, daß diese Anschauung nun endgültig ist.

Strohwitwer — Strohmännchen. Das Heer der Strohwitwer ist nach Beginn der großen Ferien wieder recht zahlreich geworden, und dieser von den Witzblättern so sehr beachtete Menschenschlag kann wieder seinen besonderen Vergnügungen und Streichen nachgehen. Warum die Männer verzeirter Frauen und ebenso die zeitweilig des Gatten beraubten Hausfrauen den Namen Strohwitwer und Strohmännchen erhalten haben, ist lange Zeit unbekannt geblieben. Die Wortforscher haben die allerunmöglichsten Beziehungen, die das Stroh in der Volkstunde besitzt, zur Deutung der rätselhaften Bezeichnung herangezogen. Aber auch hier erweist sich das Einfachste als das Einleuchtendste. Der bekannte Germanist, Professor Otto Behagel, hat das „Ei des Kolumbus“ gefunden, indem er den Strohwitwer aus dem „Strohmännchen“ erklärte. Wie er in der soeben erschienenen Sammlung seiner Aufsätze „Von deutscher Sprache“ ausführt, ist der Strohwitwer kein wirklicher Witwer, so wie der Mann aus Stroh kein wirklicher Mann ist. Ebenso ist die Strohwitwe nur eine scheinbare Witwe. Es liegt ein ähnlicher Sprachvorgang zugrunde, wie häufig bei der Entstehung solcher Zusammenlegungen, deren letztes Glied eine Bezeichnung angibt. „Blutrot“ enthält ein Gleichnis, das gewählt ist, um die Stärke der Färbung zu bezeichnen, ist also soviel wie sehr rot; daher sagt man denn auch blutarm, blutwenig. Ebenso ist steinhart, d. h. hart wie Stein, also sehr hart, das Vorbild für steinreich. Auch „himmelhoch“ ist dann „himmelan“ gebildet, nach „stodür“ und „stodteif“ stoddumm und stodfinst. Nietenstärke, Nietenstärke geben Anlaß zu Bildungen wie Nietenstärke, Nietenstube.

